



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 497

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 31. Mai 2021, 19.00 Uhr
im KUSPO**

Anwesend	40 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: - Gemeinderat: -	
Vorsitz	Urs Baumann	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Tischvorlage Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Cyrill Dürr, SP, anstelle von von Céline Dürr	3288
2.	Nachtragskredit CHF 45'000 für Fernwärmeanschluss Gemeindeverwaltung	3280
3.	Postulat, U/G, Gerold Stadler, Elterntaxi Erlimatt wie weiter?	3266
4.	Postulat, SP, Andreas Moldovanyi, Strassenlaternen mit Lademöglichkeiten für E-Autos	3268
5.	Postulat, SP, Hasan Kanber, Ein Kinderverkehrsgarten für Pratteln	3270
6.	Postulat, U/G, Delia Moldovanyi / Christoph Zwahlen, Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Giebenacherstrasse/Minigolf	3271
7.	Postulat, U/G, Delia Moldovanyi / Christoph Zwahlen, Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster/Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längli	3273
8.	Postulat, SP, Fabian Thomi, Neuer Raum für Familien- Gemeinschaftsgärten	3274

9.	Postulat, SP, Fabian Thomi, Aufhebung der Gemeinschaftsgärten	3275
10.	Postulat, U/G, Billie Grether, Ausbau der familienergänzenden Betreuung in unmittelbarer Nähe der Schule	3282
11.	Beantwortung Dringliche Interpellation, Erhaltung des direkten Fahrwegs von Längi/Salina Raurica via Sandgruben ins Ortszentrum Pratteln	3281
12.	Beantwortung Einzelinitiative, Walter Biegger, sinnvolle und würdige Nutzung der Parzelle des ehemaligen Feuerwehr-Magazins	3278
13.	Beantwortung Postulat, FDP, Paul Dalcher, Evaluation optionaler Standorte für die Gemeindebibliothek und Ludothek	3217
14.	Beantwortung Postulat, U/G, Benedikt Schmidt Pumptrack	3241
15.	Beantwortung Motion, SP, Rebecca Moldovanyi, Sitzgelegenheiten	3251
16.	Beantwortung Motion, SVP, Nachhaltiges Pratteln Bäume 20% plus	3239
17.	Fragestunde	497

Begrüssung

Urs Baumann: Ich begrüsse sie recht herzlich zur 497. Sitzung des Prattler Einwohnerrats. Wir kommen zum Appell.

Präsenz

Es sind 40 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 21, das 2/3 Mehr 27 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Baumann: Es sind zwei Rücktrittsschreiben eingegangen. Simon Schärer, SVP: «*Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, Nach langem Überlegen bin ich zum Entschluss gekommen, dass ich mit diesem Schreiben meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 30. Juni 2021 geben werde. Ich bin am 18.09.2015 in den Einwohnerrat eingetreten und habe seit meinem Eintritt in den Rat viel über die politische Arbeit gelernt und meinen Horizont erweitern können. Nun wünsche ich dem Rat weiterhin konstruktive Sitzungen und euch alles Gute. Mit freundlichen Grüssen Simon Schärer.*» Für Simon Schärer wird Josef Bachmann in den Einwohnerrat nachrücken. Zweites Rücktrittsschreiben von Erich Schwob, SVP. «*Sehr geehrtes Einwohnerratsbüro, sehr geehrter Gemeinderat, liebe Kollegen, Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschieden, mein Amt als Einwohnerrat per 28. Juni 2021 niederzulegen. Da ich durch meine Schichtarbeit oft entweder an der Fraktionssitzung oder an der Einwohnerratssitzung nicht teilnehmen kann, möchte ich den Platz für Jemanden anderen frei machen der regelmässig teilnehmen kann. Es waren einige interessante Jahre auf die ich als Einwohnerrat zurückschauen kann. Vielen Dank für das Verständnis und das entgegen gebrachte Vertrauen. Mit freundlichen Grüssen Erich Schwob.*» Wer für Erich Schwob nachrücken wird, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Das Büro schlägt dem Einwohnerrat vor, das Geschäft Nr. 3296, Interpellation, SVP, Simone Schaub, Brachland / Restflächen, die Verwaltung hat Antrag gestellt, dass die Interpellation

erst am 27. September in den Einwohnerrat kommt. Sie benötigen noch Zeit, um die vielen Fragen zu prüfen. Es gibt viele privatrechtliche Abklärungen.

Weiter will das Büro euch bekanntgeben, dass der Apéro vom neuen Einwohnerratspräsidenten nicht am Anschluss an der nächsten Sitzung stattfinden wird, sondern erst am 30. August 2021. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, welche dann nicht mehr dabei sind, sind selbstverständlich herzlich eingeladen.

Und als letztes möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass in diesem Saal Maskenpflicht gilt, sowohl am Platz als auch unterwegs. Die einzige Ausnahme ist, wenn ihr hier vorne am Mikrofon seid, das müssen wir machen wegen der Verständlichkeit und sonst bitte die Maske anbehalten.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat, SP, Tobias Henzen, Votenprotokoll für Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung.
- Interpellation, SP, Kurt Lanz, Rheinlehne
- Motion, parteilos, Paul Dalcher, Visualisierung des Umfangs von Bauvorhaben durch Baugespanne zu Beginn des Mitwirkungsverfahrens bei Quartierplanungen
- Interpellation, U/G, Petra Ramseier, Pestizide
- Postulat, SP, Kurt Lanz, Bahnhofplatz
- Dringliche Interpellation, U/G, Benedikt Schmidt, ER Geschäft 3196 Einzelinitiative Walter Biegger Salina Raurica vom 12.09.2019

Diskussion zur Dringlichkeit

Benedikt Schmidt: Ich habe diese Interpellation eingereicht zur Einzelinitiative von Walter Biegger zu Salina Raurica, weil wir heute über eine andere Einzelinitiative vom gleichen Initianten sprechen. Die andere Einzelinitiative ist aber älter und sie wird aber aus irgendwelchen Gründen nicht behandelt. Von dem her, denke ich, ist es wichtig, dass wir wissen, warum diese Initiative nicht behandelt wird und die andere Frage ist: Es gibt gesetzliche Vorschriften, die sagen, wann eine Initiative oder in welcher Zeitspanne eine Initiative zu behandeln ist. Wir hatten das Thema schon einmal im Einwohnerrat, weil Initiativen in Pratteln offensichtlich selten fristgerecht behandelt werden. Das sind wichtige Informationen, damit wir uns klar werden, wie gehen wir eigentlich mit Fristen um, wie gehen wir mit Einzelinitiativen um? Von dem her möchte ich euch bitten, diese Interpellation für dringlich zu erklären.

Dieter Stohler: Wir sind nicht für die Dringlichkeit. Die Dringlichkeit ist vielleicht subjektiv aus deiner Sicht, aber objektiv gibt es für mich eine ganz einfache Erklärung, warum diese Einzelinitiative dem Einwohnerrat noch nicht vorgelegt werden konnte. Ich habe mir die Mühe gemacht, im Internet diese ausfindig zu machen. 3196 ein Klick und schon haben wir den Text vor uns und ich zitiere einfach einen Satz von Walter Biegger: *«Sollte die Volksinitiative «Salina Raurica Ost bleibt Grün» nicht zu Stande kommen, nicht angenommen werden oder aus irgendeinem Grund nicht umsetzbar sein, möchte ich beantragen usw., dass man Verzicht auf Wohnbauten auf dem Prattler Perimeter von Salina Raurica.»*

Die Bedingung ist noch nicht erfüllt. Meines Wissens, ich lasse mich gerne anderweitig informieren, ist bezüglich der Initiative «Salina Raurica Ost bleibt Grün» immer noch ein Verfahren hängig. Also, damit ist nicht klar, ob sie zustande kommt oder umsetzbar ist und solange das nicht klar ist, kann man sie gar nicht vorlegen. So viel zur Dringlichkeit, die wir ablehnen.

GP Stephan Burgunder: Es freut mich, heute wieder hier anwesend zu sein. Die Ärzte meinen, ich bin wieder 50% arbeitsfähig. Ich fühle mich aber 100% in der Lage, diese Interpellation zu beantworten. Der Gemeinderat ist der Meinung, auch im Hinblick auf die Tramverlängerungsinitiative, dass wir diese Interpellation beantworten sollen und darum sind wir für die Dringlichkeit und würden das nachher schnell klären.

Benedikt Schmidt: Ich möchte einfach noch Dieter Stohler entgegen. Den Text von Walter Biegger habe ich durchaus gelesen, was er für ein Vorgehen vorschlägt. Aber ich glaube nicht, dass er einfach per Handstreich die Gemeindeordnung ausser Kraft setzen kann. Er hat diese Initiative eingereicht und wenn er sie einreicht, fangen die Fristen zu laufen an, das sind klare gesetzliche Vorgaben. Da kann nicht eine Privatperson sagen, ich hätte es gerne anders. Also wenn wir das anfangen würden zu machen, dass jeder einfach sagt, oh ich ändere die Fristen gerne auch, ich zahle meine Steuern ein Jahr später oder so. Das geht einfach nicht.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Mit 22 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen ist die Dringlichkeit abgelehnt.
(2/3 Mehrheit)

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Es liegt eine Tischvorlage auf: Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024, Cyrill Dürr, SP, anstelle von Céline Dürr.

Das Büro schlägt vor, das Geschäft 3238, Beantwortung der Motion SVP, Urs Schneider, Energieeffizienz Heizungen um einen Monat zu verschieben. Der Grund ist, dass die Unterlagen unvollständig sind. Da ist beim Einscannen ein Fehler passiert und die Seiten 3 und 4 haben gefehlt.

Abstimmung zur Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

://: Mit 31 Ja - zu 1 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen ist die Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses angenommen.

1. Nr. 3288

Tischvorlage Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Cyrill Dürr, SP, anstelle von von Céline Dürr

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Der Rat wählt in stiller Wahl Cyrill Dürr, SP.

2. Nr. 3280

Nachtragskredit CHF 45'000 für Fernwärmeanschluss Gemeindeverwaltung

GR Philipp Schoch: Die heutige, alte Heizung in der Gemeindeverwaltung ist eine Ölheizung, welche relativ störungsanfällig ist. Wir möchten gerne die alte Ölheizung mit einer ökologischeren Fernwärme ersetzen. Das Ganze soll aber kein Präjudiz sein, für das neue Gemeindezentrum, weil man dann vielleicht auf eine noch bessere Lösung käme. Das haben wir angeschaut, das kann man nachher noch nutzen. Es braucht dann leichte Anpassung für diesen Anschluss, aber das wäre so möglich. In nächster Nähe zur heutigen Gemeindeverwaltung machen wir jetzt oder planen wir, oder ist zum Teil schon in der Umsetzung, die Anschlüsse an die Fernwärme vom Kuspo und Schulhaus Grossmatt. Der Abzweiger Richtung Gemeindeverwaltung ist nicht wahnsinnig weit. Sie haben es in der Kostenaufstellung gesehen und man könnte dort eine gute, relativ günstige Lösung schaffen, indem wir eben die Gemeindeverwaltung auch noch an die Fernwärme anhängen. Ich bitte sie, den Nachtragskredit zu unterstützen für eine ökologische Heizung unserer Gemeindeverwaltung.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion findet das prinzipiell eine gute Sache. Das einzige, was im Prinzip störend ist, ist, dass man dort in den Positionen eine Reserve von CHF 8'414.20 einbaut, was ca. 20% entspricht, was von mir aus gesehen oder von uns aus gesehen unnötig ist und auch keinen Sinn macht auf diesen Betrag.

Dominique Häring: Die FDP-CVP-Fraktion unterstützt das. Das ist ein wichtiges Zeichen in Richtung Nachhaltigkeit, ein richtiges Zeichen in alternative Wärmequellen. Deswegen unterstützen wir das.

Emil Job: Wir finden das auch ein wichtiges Zeichen und unterstützen das auch. Wir hätten einfach noch zwei Fragen dazu, welche uns doch noch Wunder nehmen: Sind für das auch Förderbeiträge beantragt worden? Warum kommt man erst jetzt damit, wo man doch gewusst hat, dass die Erschliessung vom Kuspo beziehungsweise vom Schulhaus da durchgeht?

Kurt Lanz: Natürlich ist die SP-Fraktion auch dafür, dass wir die Verwaltung an diesem Wärmenetz anschliessen. Ich habe dann noch eine ganz andere Frage und zwar hat es ein bisschen mit «History» zu tun. Ich durfte einmal an einer Diskussion teilnehmen. Es ging um Wärme, ich meine das Fröschmatt-Schulhaus, um neue Fenster. Neue Fenster gemacht, heisst natürlich sofort bei einem älteren Haus, dass man sehr viel Wärme im Haus drin behalten kann. Das hat bedeutet, dass natürlich der Wärmebezug, von einer Fernwärme, zurückgegangen ist. Der Vertrag, den wir aber abschliessen, der wird dann erhöht, das haben wir in der Vorlage gesehen. Meine Frage ist jetzt: Ist dieser Vertrag dann befristet? Ist die Energiemenge, die man jetzt berechnet hat, auch noch gültig, wenn wir eine neue Verwaltung haben mit Minergie? Ist es dann möglich, dass man, und das war eben die Diskussion beim letzten Mal, ist es möglich, dass man von diesem Vertrag mehr oder weniger wieder eine Reduktion machen kann? Genau das hat man offensichtlich damals nicht gekonnt und darum wäre es mir recht, dass wir entweder diesen Vertrag befristen, so dass er neu aufgesetzt werden muss, wenn es möglich ist, dass die Energiemenge reduziert wird, weil wir ein Minergie P Haus hinstellen oder noch mehr. Ansonsten ist es klar, sind wir auch der Meinung, das man das an der Fernwärme anschliessen muss, aber es kann nicht sein, dass wir am Schluss in einer Tarifklasse sind, die wir gar nicht mehr erfüllen, weil wir ein energiefreundliches Haus hingestellt haben. Da möchte ich noch gerne eine Antwort haben vom Gemeinderat.

GR Philipp Schoch: Zum Punkt, ob es Beiträge für den Anschluss gibt: Vom Kanton würde es Beiträge geben, wenn wir eine Ölheizung ersetzen würden. Ich habe das vorher falsch gesagt, es ist ein Blockheizkraftwerk. Wenn wir dieses ersetzen, gibt es keine Beiträge für das. Zur Frage von Kurt Lanz: Wir werden nachher ein grösseres Gebäude haben als heute, dafür ein energieeffizienteres und wahrscheinlich, von dem geht man heutzutage aus, wird sich das ein bisschen die Waage halten. Das ist so die Annahme heute und ist noch relativ schwierig. Wir wissen ja noch nicht so genau, was wir für Nutzungen im neuen Gemeindezentrum haben und wie sich das mit der Energie heute verhält. Wir haben diesen Flachbau, der ist jetzt energetisch wahrscheinlich nicht so sinnvoll oder nicht so effizient. Das ist wahrscheinlich auch die Antwort, wieso wir jetzt mit dem kommen. Man ist davon ausgegangen, dass wenn man ein neues Gemeindezentrum baut, auch die Heizungssituation löst. Aber wir mussten jetzt handeln. Die Heizung ist wie gesagt störungsanfällig. Es macht Sinn, das jetzt umzusetzen, weil wir bei den anderen Arbeiten auch schon dran sind. Wir sind ein bisschen von der Zeit eingeholt worden. Darum bringen wir das jetzt und heute.

Kurt Lanz: Ich habe die Antwort von GR Philipp Schoch entgegengenommen und ich habe das so weit verstanden, dass er genauso wenig weiss wie ich, ob wir dann mehr oder vielleicht weniger Energie brauchen. Das ist tatsächlich so. Wovon wir ausgehen können, ist, dass das jetzige Haus eine Energieschleuder ist und wir davon ausgehen können, dass das neue Haus keine mehr ist, aber es ist dafür grösser. Trotzdem bitte ich den Gemeinderat, wenn er den Vertrag macht, zum Beispiel irgendein Ende von diesem Vertrag festlegt, wo man ihn dann wieder neu auflegen muss, weil, wenn man ihn neu auflegen muss, kann man wieder über die Anschlussgebühren von den neuen Leistungen reden oder aber dass eine Klausel in den Vertrag hineinkommt, dass wenn die Gemeinde die Energie verringert, dass wir wieder in eine

tiefere Klasse der Energiekategorisierung eingestuft werden können. Das ist etwas, was ich eigentlich vom Gemeinderat erwarte, nachdem ich jetzt gesagt habe, auf was man vielleicht schauen muss.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Der Nachtragskredit von CHF 45'000 für den Fernwärmeanschluss der Gemeindeverwaltung wird einstimmig bewilligt.

3. Nr. 3266

Postulat, U/G, Gerold Stadler, Elterntaxi Erlimatt wie weiter?

GR Stefan Löw: Wir kommen zu einem Postulat, welches ich schon mehrmals beantwortet habe. Ich glaube, GR Urs Hess hat auch schon darauf Antwort gegeben. Das ist wirklich ein Problem, welches uns schon seit Jahren beschäftigt und wir auch auf der Verwaltung immer wieder zum Thema machen und diskutieren. In diesem Zusammenhang habe ich ihnen, auf eine Frage vom Postulanten zu umfassenden Publikationen, die Broschüren verteilt, welche wir an die Eltern und Schule abgeben. Diese sind auch in verschiedenen Sprachen abgefasst. Wenn das jemand nicht versteht, kann man es ihm genau erklären. Hier wird recht viel Informationsarbeit geleistet und gemacht. Das Problem ist halt einfach, wenn man etwas nicht hören will, so will man es einfach nicht hören und da können wir reden und machen so lange wir wollen. Da sind dann die Bedingungen; das Wetter ist so, dass die Eltern das Gefühl haben, sie setzen sich jetzt darüber hinweg und machen es jetzt gerade so, wie sie wollen und nicht anders. Wir werden das Postulat nochmals entgegennehmen und die einzelnen Fragen so abarbeiten. Es betrifft ja nicht nur das Erli-Schulhaus. Wir haben das Problem auch an anderen Orten in der Gemeinde und auch das ist ein Teil der Bearbeitung und ein Punkt, welchen wir immer wieder anschauen müssen. Wie ich schon gesagt habe, wenn wir das Problem einfach verlagern, dann ist es nicht gelöst. Wir bearbeiten das nochmals, sie können uns das noch einmal überweisen. Wir schauen, was wir machen können.

Gerold Stadler: Zuerst einmal ganz herzlichen Dank. Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde viel macht. Das ist mir klar. Das wurde wirklich auch das letzte Mal schon gesagt. Ich sehe die Schulpflege macht etwas, sie sind vor Ort, die Schulleitungen sind vor Ort, gehen auf die Eltern zu, das ist mir bewusst. Die Problematik ist einfach wirklich auf einer anderen Ebene. Es ist ein emotionales Thema, wie GR Stefan Löw gesagt hat. Die Eltern hören nicht, weil sie es nicht hören wollen. «Es regnet, mein Kind muss jetzt mit dem Auto zur Schule.» In diesem Punkt erwarte oder erhoffe ich mir, einfach wirklich griffigere Möglichkeiten von der Gemeinde. Das was ihr bis anhin gemacht habt, auch mit diesen Broschüren und der Studie, wirklich super, ganz herzlichen Dank. Aber irgendetwas muss da sein, damit solche Sachen nicht mehr passieren. Es geht um Kinder, die geschützt werden müssen und zwar alle Kinder, nicht nur jene, welche die Eltern mit dem Auto bringen. Es geht aber auch, denke ich, um die Anwohner. Wenn ich jetzt dort oben wohne und am Morgen dort hinunter laufen müsste, hätte ich wahrscheinlich auch nicht so Spass. Wahrscheinlich nicht nur im Erli, sondern auch in anderen Schulhäusern ist das so. Das habe ich auch in meinem Postulat geschrieben. Ich danke recht herzlich, dass ihr bereit seid, das nochmals entgegen zu nehmen. Ich wäre schon froh, wenn der Rat das überweisen würde, dass wir wirklich versuchen können, vielleicht irgendetwas zu finden, vielleicht eben auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton, dass man da etwas verbessern kann zum Schutz von den Kleinsten im Verkehr.

Stephan Ebert: Also summa summarum gleich zu Anfang: Die SVP-Fraktion ist für die Überweisung, also wir sind nicht dagegen. Es ist eine «neverending story». Die Geschichte mit den Elterntaxis geht in die Kategorie Littering und Abfall. Das ist alles ungefähr das Gleiche. Ein temporäres Fahrverbot würde dort oben nicht gross etwas bringen. Es würde nur dazu führen, dass sich der Verkehr irgendwo anders hin verlagern würde. Das ist eine schwierige Situation. Das einzige, was wir uns vorstellen könnten und das unter Umständen Früchte

tragen würde, das möchten wir gerne dem Gemeinderat so weitergeben, ist abzuklären, was das Motiv von den Eltern ist, ihre Kinder dort hinauf zu fahren, dass man wirklich hingehet und die einzelnen Eltern einmal vorlädt und fragt, warum fährt ihr die Kinder hierher. Ich glaube, das ist das Einzige, was wirken würde, ein persönliches Gespräch.

Mauro Pavan: Auch ich möchte mich beim Gemeinderat bedanken für die Bereitschaft, das Postulat entgegen zu nehmen und für die Massnahmen, die bis jetzt bereits getroffen wurden. Ich kann mich Gerold Stadler anschliessen, dass das halt eben leider nicht genügt. Ich bitte, die Anregungen von Stephan Ebert auch entgegen zu nehmen. Das ist sicher keine schlechte Idee. Ich bitte um Überweisung. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für Überweisung von diesem Postulat.

Silvia Lerch: Wir sind für Enthaltung, deshalb haben wir uns auch zu Wort gemeldet. Wir würden es gerne kommentieren und zwar nicht, weil wir nicht dafür sind, das Problem zu lösen, im Gegenteil, wir sind sehr dafür. Wir sind einfach der Meinung, dass dieses Postulat zu wenig griffig ist und wieder versandet. Wir haben über dieses Thema diskutiert und sind auch dafür, das Verkehrsaufkommen wegen Elterntaxis zu vermindern. Das beschäftigt mich auch als Mutter von schulpflichtigen Kindern. Ich habe mich schon ein einige Male darüber aufgeregt. Ich verstehe nicht, wieso die Eltern, den Kids das Erlebnis des Schulweges wegnehmen. Es ist mir bewusst, dass die Gemeinde schon viel probiert hat, aber das was bis jetzt gelaufen ist, hat einfach noch nicht gefruchtet. Es passiert zu wenig und es ist einfach Handlungsbedarf da. Deshalb sind wir jetzt beim Postulat für Enthaltung, weil wir eigentlich hoffen, dass eine zündende Idee kommt oder ein effektives Konzept vorgelegt werden kann. Die Prüfung, ob dort der Zubringer angebracht ist, ist wahrscheinlich eben auch schon kommentiert worden, auch zu wenig standfest. Wir hoffen eigentlich auf eine bessere Lösung.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung.

://: Das Postulat wird mit 32 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

4. Nr. 3268

Postulat, SP, Andreas Moldovanyi, Strassenlaternen mit Lademöglichkeiten für E-Autos

GR Urs Hess: Ich kann es vorwegnehmen, wir wollen das Postulat nicht entgegennehmen und zwar aus folgendem Grund: Nicht weil wir etwas gegen E-Autos haben und dass man diese aufladen kann. Das möchte ich ganz klar betont haben. Wenn ihr bei einer Strassenlaterne anhängen wollt, um ein Auto zu laden, wo dort mit 220 Volt ein bisschen Strom kommt, dann kann man wahrscheinlich etwa drei Tage warten, bis die Batterie einigermaßen geladen ist, so dass man wieder wegfahren kann. Das ist sicher das Falsche. Es sind nicht nur die Strassenlaternen, sondern wenn man Ladestationen für Fahrzeuge haben will, dann braucht das eine ganz andere Infrastruktur. Das ist nicht eine Sache, welche die Gemeinde zur Verfügung stellt, sondern das ist etwas, was von den verschiedenen Elektrizitätswerken zur Verfügung gestellt werden kann. Darum denke ich, macht es keinen Sinn. Dann noch ein weiterer Punkt: Wenn ihr euch überlegt, an einem Kandelaber solch eine Ladestation zu machen, dann hat nachher wunderbar jeder sein Kabel vom Auto zum Kandelaber und alle Fussgänger stolpern darüber. Das kann ja auch nicht Sinn und Zweck sein. Es muss andere Möglichkeiten geben, aber sicher nicht bei den Strassenlaternen. Wenn ich dann noch lese, das der Postulant das Gefühl hat, man könne bis zum Schwingfest so etwas installieren, dann muss ich sagen, dann ist es etwa drei Jahre zu spät.

Andreas Moldovanyi: Ich bin etwas erstaunt über die Antwort und möchte eigentlich darauf hinweisen, dass vor ungefähr dreieinhalb Jahren, fast vier Jahren, ein ähnliches Postulat zurückgewiesen worden ist, eingereicht von Christoph Zwahlen. Ich glaube mit der Begründung,

dass es keinen Bedarf gibt. Heute ist die Lage ein wenig anders. Es sollen bereits nächstes Jahr 15% von allen Fahrzeugen E-Autos sein. In Norwegen sind jetzt schon über 50% von den neuzugelassenen Wagen E-Autos, in Deutschland sind es 40%. In absehbarer Zukunft wird es auch hier exponentiell steigen. Wir werden uns dieser Entwicklung nicht entgegensetzen können und ich möchte auch darauf hinweisen, dass Tesla ein paar Stationen beim Aqua Basilea aufgestellt hat. Das war ungefähr vor zwei Jahren. Die Basellandschaftliche Zeitung (bz) hat darüber berichtet und unter anderem den Gemeinderatpräsidenten Stephan Burgunder zitiert oder befragt und er hat gesagt, er freut sich über die Entwicklung. Man sei stolz auf die Vorreiterrolle, die Pratteln einnimmt. Mit den vielen neuzugelassenen E-Autos werden auch zunehmend Leute, die zum Einkaufen ins Dorf fahren oder in die Stadt, eine Ladegelegenheit suchen. Ich möchte natürlich jetzt noch ergänzen, dass in das Konzept auch Schnell-Ladegeräte miteinbezogen werden, damit auch für Kurzparkierer in 20 Minuten 80% der Ladeleistung einer Autobatterie erreicht werden kann. Ich bitte sie also dringend zu einer Überweisung.

Emil Job: Wir sind für Überweisen von diesem Postulat. Wir sehen, dass man schon schauen muss, dass wir etwas machen. Es ist uns auch klar, dass man an den Strassenlaternen nicht schnell laden kann, sondern dass das für solche gedacht ist, die über Nacht aufladen. Es ist sicher nicht die Rede davon, dass man mit Laternen schnell laden kann. Was auch klar ist, wenn Laternen hinter einem Trottoir stehen, diese nicht geeignet sind. Aber es gibt auch dann noch wahrscheinlich genügend Orte, wo man sich das durchaus überlegen und auch in Betracht ziehen kann, so etwas zu machen. Das ist etwas, was geklärt werden muss und deshalb soll das Postulat überwiesen werden. Schnelllader kann man vor allem dort machen, wo auch viele Autos zusammenkommen, so dass sich das auch lohnt und das ist nicht in den Quartieren. Deshalb denken wir eben nicht, dass man an den Strassenlaternen schnell laden kann.

Dieter Stohler: Wir sind, wie der Gemeinderat, für nicht Überweisen. Dazu aber noch einige Gedanken: Die Autofirma mit T ist vorher erwähnt worden. Das ist die Firma (heute auf der Homepage zu lesen), welche wirbt, dass das neueste Modell in 1,9 Sekunden von 0 auf 96 km/h geht. Wenn ihr diesen Unsinn fördern wollt, dann ist das eure Angelegenheit. Ich bin nicht dafür. Abgesehen davon, Batterien oder eben die E-Autos sind nicht einfach nur sauber und alles andere ist dreckig. Das ist allgemein bekannt. Es geht jetzt nicht um die Firma mit T, sondern es geht darum, ob das jetzt eine Staatsaufgabe von Pratteln ist, das zu fördern oder über die Strassenlaternen zu installieren oder nicht. Hier sehen wir einfach und stellen fest, ja lieber Postulant, der Bedarf hat massiv zugenommen. Aber das Angebot sieht auch ganz anders aus als vor zehn oder fünf Jahren. Ein Blick auf swisscharge.ch zeigt, dass es mehrere 1'000 Ladestationen gibt in der Schweiz und auch in Pratteln. Ich habe extra nachgeschaut, ob ich auch in Pratteln finde und natürlich habe ich diese in Pratteln gefunden. Viele private Firmen, auch Privatpersonen, haben reagiert und entsprechende Ladestationen installiert. Das ist jetzt nicht nur an uns, das zu machen und ich würde eigentlich die Gemeindeverwaltung von dieser Aufgabe, die einfach auch wieder eine organisatorische ist, man muss es umsetzen und organisieren und das Geld einziehen, bewahren und die Kräfte für andere Sachen freigeben. Wenn wir gerade bei der Konzentration der Kräfte sind, dann noch eine persönliche Bemerkung: Wenn wir bei der Energiewende, wofür mehr Strom gebraucht wird, das ist an sich schon unbestritten, erfolgreich managen wollen, dann müssen wir nicht eine Strassenlaterne umrüsten, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Bestimmungen liberaler werden, so dass Private auch Strom produzieren können. Das einfach als kleine Bemerkung für jemanden, der letztthin im Dorf eine Solaranlage auf dem Dach installieren wollte und wegen irgendwelchen Einsprachen, wahrscheinlich auch denkmalschützerischer Art, ging das nicht. Wenn wir so weitermachen, dann müssen wir nicht von der Energiewende reden.

Sebastian Enders: Ich danke für das Postulat. Es ist ja schön, dass einmal etwas für die Autofahrer gemacht wird und nicht immer nur herumgehackt wird, wie umweltschädlich die Autofahrer sind. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass dies der falsche Weg ist und zwar ganz einfach: Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, Tankfüllungen zu ermöglichen, sondern das müssten wir auf andere Weise schaffen, wie beispielsweise über die Quartierpläne oder andere Anreize wie eine Tiefgarage etc. Wir schlagen eigentlich eher vor, dass man in Richtung Parkhäuser geht, die Ikea hat das zum Beispiel schon. Sie haben x Parkplätze, bei welchen man laden kann. Dort sollen Anreize geschaffen werden oder beispielsweise bei

Quartierplänen, wo man bei der entsprechenden Ziffer einsetzen kann, dass so und so viele Parkplätze vorhanden sein müssen mit elektrischen Installationen etc. Es hat zu wenig Ladesäulenmöglichkeiten an Kandelaber über die Nacht, wenn dann jeder sein Kabel spannt. Wie viele Parkplätze hat es dann gerade in der Nähe, wo wirklich ein Kandelaber steht und wo man ideal laden könnte? Ich bitte euch, das Postulat nicht zu überweisen.

Kurt Lanz: Dieter Stohler möchte ich schnell sagen, was halt einfach eine Tatsache ist und da bin ich ein bisschen vom Fach. Elektromotoren haben ein wahnsinniges Drehmoment. Deswegen ist es für mich nicht etwas ganz Verrücktes, wenn halt das Auto mit T so schnell, auf so eine hohe Geschwindigkeit kommt. Wo ich ihm recht gebe, ist, man sollte nicht prahlen damit, weil das ja nicht der Sinn des Autos ist. Zum Vorstoss selber: Ich werde jetzt ein bisschen das Gefühl nicht los, als möchte der Gemeinderat halt, generell wenn es um solche Themen geht, nichts tun. Ich möchte irgendwie daran erinnern, dass wir irgendwelche Klimaziele haben und demnächst auch wieder darüber abstimmen werden. Die Klimaziele wären eben zu erreichen, wenn wir etwas mehr Elektroauto fahren. Der Grund, warum ich davon ausgehe, dass der Gemeinderat per se nichts dagegen tun will.... (Gedankenpause). Der Gemeinderat und übrigens auch die Mehrheit des damaligen Parlaments hat mein Vorstoss, welcher in eine ähnliche Richtung gegangen ist, abgelehnt. Ich wollte eigentlich nur, dass die Verwaltung bei den Baugesuchen jeweils die Eigentümer darauf aufmerksam macht, dass sie doch auch Möglichkeiten zum Auto laden anbieten, einfach mit einem Flugblatt. Nicht einmal das wollte man machen und darum werde ich jetzt halt einfach das Gefühl nicht los, dass man sich grundsätzlich, wenn etwas in diese Richtung geht, einfach nicht bewegen will und darum möchte ich sie halt doch bitten, dass sie diesen Vorstoss überweisen.

Patrick Weisskopf: Ich möchte euch bitten, dieses Postulat zu überweisen und zwar müssen wir es wirklich so anschauen, als Sicht in die Zukunft. Was sind die Anforderungen, die eine moderne Stadt als Infrastruktur zur Verfügung stellen muss? Stichwort «Smartcity». Damit würden wir halt einfach im öffentlichen Raum gewisse Infrastrukturen brauchen. Der Postulant fordert ja nicht, dass wir das einsetzen müssen und sofort machen. Es sind Abklärungen, die in diese Richtung gehen. Es geht auch darum, dass wir, wenn man sieht, es kommt etwas, das auch Private machen können, dass man gewisse Vorarbeit leistet und schaut, dass die Sachen schon da sind, welche man dann brauchen kann. Das kann auch in Richtung einer smarten Beleuchtung gehen, welche an und ab geht oder eben LED richtig einsetzen. Es geht aber auch darum, die Strassen aufzureissen. Wenn das Zeugs kommt und einer kommt, dann reisst man die Strassen wieder und wieder und wieder auf. In Pratteln sehe ich im Moment nur noch aufgerissene Strassen und das regt mich verdammt nochmal auf. Also denkt mal ein bisschen über euren Horizont hinaus und schaut hin. Es endet nicht beim Quartierplan, wo der Investor «juppie» herumhüpft. Es geht um den normalen Prattler Bürger, welcher hier wohnt und sich auch an der Zukunft orientieren muss, ob er jetzt ein E-Auto, Velo oder Wasserstoffauto fährt. Es wird eine Änderung geben, sie wird kommen und wir sollten gerüstet sein.

Andreas Moldovanyi: Also zu diesen 1,9 Sekunden will ich dann doch noch etwas sagen: Wer wird sich ein Auto leisten können, welches solch eine Beschleunigung hat? Das wird sicher jemand sein in der oberen Preisklasse. Auch heute wird ein grosser Teil der E-Autos im oberen Preissegment zu finden sein und das sind eher Leute, die recht gut verdienen. Deswegen ist es mit so einem Konzept, wenn das nur schon als Planung auf der Homepage steht, ist das etwas, was dann auch finanzkräftigere oder Leute mit guten Einkommen anlocken wird. Das ist auch ein Argument, wo ich prinzipiell dafür bin, dass wir so etwas installieren oder mindestens planen. Deshalb bitte ich um eine Überweisung und für diejenigen, die sich das nicht getrauen, mindestens eine Stimmenthaltung.

Andreas Seiler: Nur weil wir der Meinung sind, dass wir in Zukunft wahrscheinlich die Ladestationen in der Gemeinde irgendwo brauchen, heisst das für mich nicht, dass die Gemeinde, der Staat, das auch organisieren und aufstellen muss. Das funktioniert auch anders. Das funktioniert bei Benzintankstellen auch anders. Hier musste der Gemeinderat ja auch keine Planung machen. Deshalb bin ich eigentlich ganz glücklich, dass der Gemeinderat das nicht übernehmen will. Ich hoffe, wir werden dem nicht zustimmen. Ich werde Nein stimmen. Ich möchte noch zusätzlich erwähnen, dass die heutigen Elektroautos in der Regel eine

Reichweite, mit einer Batterieladung, von ca. 400 Kilometern haben. Es gibt vielleicht auch solche, die weniger haben, andere haben mehr, bis zu 600 Kilometer habe ich gesehen. Mit dieser Reichweite kann man problemlos in Pratteln herumfahren, einkaufen an mehreren Orten und wieder nach Hause in die Garage fahren, um es wieder einzustecken. Der Bedarf für Laternenparkplätze für den lokalen Verkehr in Pratteln für Elektro-Tankstellen gibt es so glaube ich gar nicht. Wenn jemand natürlich von weiter her kommt vielleicht. Dann stellt sich weiter die Frage, wenn wir jetzt hier für Laternenparkplätze im ganzen Dorf Elektrosäulen verteilen, reservieren wir dann diese Parkplätze für Elektroautos? Das würde ja Sinn machen, sonst steht ein Benzinauto oder ein Dieselauto oder ein Wasserstoffauto oder sonst irgendein Auto, welches es vielleicht in Zukunft gibt, dort und man kann nicht anschliessen. Wenn man jetzt die Parkplätze, die in vielen Bereichen eh schon knapp sind, noch segmentiert in Elektro- und Nichtelektroparkplätze, dann verschärfen wir das Parkplatzproblem noch. Darum denke ich, macht es so, wie es vorgeschlagen ist keinen Sinn, wenn man so etwas macht, vielleicht zentral bei Parkhäusern. Dann kann ja auch zum Beispiel die EBL aktiv werden. Sie wollen ja sicher gerne Strom verkaufen und man kann allenfalls auch im Quartierplan, wie das vorher erwähnt wurde, eine Vorschrift machen, dass man das den Mietern ermöglicht oder der Besitzer dort ermöglichen muss. Da bin ich nicht dagegen. Aber so, dass man das einfach als Laternenparkplatz überall verteilt, da sehe ich auch grosse Nachteile. Welche Technologie sich jetzt wirklich durchsetzt, das wissen wir auch noch nicht. Bei Elektrobatterieautos sieht es im Moment zwar so aus, aber wie das in 50 Jahren aussieht, wissen wir nicht. Darum werde ich jetzt, so wie es hier vorliegt, Nein stimmen und empfehle das dem Rat auch.

Benedikt Schmidt: Es ist klar, dass man mit einer Strassenlaterne, die einen Zapfhahn hat, die Energiewende nicht schaffen wird. Es ist klar, dass es liberalisierte Vorschriften braucht, auch in anderen Bereichen. Ich möchte aber dann diejenigen, welche in der letzten Legislatur nicht dabeigewesen sind oder diejenigen, die es vergessen haben, daran erinnern, dass wir die Ortskernvorschriften revidiert haben. Ich möchte auch daran erinnern, wer die entsprechenden Anträge gestellt hat und wer sie abgelehnt hat. Einfach an diejenigen, die jetzt nach einer Liberalisierung schreien, haben es seinerzeit abgelehnt. Einfach zur Erinnerung.

Gerold Stadler: Beim Benzin hat es funktioniert. Die Entwicklung ist viel länger gegangen beim Benzinauto. Vom ersten, bis die grosse Bevölkerung ein Auto hatte, ist es gut 50 Jahre gegangen. Die Wirtschaft hatte Zeit, die Tankstellen, das Tankstellennetz, aufzubauen. Die Entwicklung, welche wir heute bei Elektroautos erleben, findet kompakt statt. Ich weiss nicht, wann ihr das erste Elektroauto gesehen habt. Ich würde jetzt einmal sagen so 10 Jahre maximal. Und jetzt kommt ein Boom und ich glaube, hier reicht die Wirtschaft nicht, weil sonst hätte sie es ja schon längst gemacht. Ich war vor x Jahren einmal an einer Messe. Da hat man gezeigt, wie die Autos an die Tankstelle fahren, ein Hebel nimmt die Batterie raus und gibt eine neue Batterie hinein. Das fand ich toll, das funktioniert ja wie beim Tanken. Das ist ja super, aber irgendwie hat sich alles anders entwickelt. Wir laden mit Kabel und irgendwie ist das Problem nicht gelöst. Andreas Seiler hat gesagt, man kann ja dann in der Garage am Abend auftanken mit Strom. Ja diejenigen, welche eine Garage haben, aber von diesen reden wir ja nicht. Wir haben einen Grossteil der Bevölkerung in Pratteln, die keine Garage haben. Was ist mit diesen? Müssen sie extra schnell in die Ikea herunterfahren, um aufzuladen? Dann warte ich dort schnell ein bisschen, bis das geladen ist und dann fahre ich weiter. Sie wollen doch auch über Nacht laden können. Sie wollen genau wie jene, die eine Garage haben, ihr Auto auch über Nacht laden. Ich bin der Meinung, die Wirtschaft macht zu wenig. Die Probleme, die du siehst mit den Parkplätzen, sind Probleme aus heutiger Sicht. Wir müssen da wirklich etwas vorausdenken, wie ist das in 10 Jahren, wie ist es in 15 Jahren? Vielleicht sind bis dann alles Elektroautos und dann streiten sich die Elektroautos nicht mehr mit den anderen um die Parkplätze. Also ich finde das sehr kurzsichtiges Denken, sehr kurzfristig und ich bitte die Gemeinde, hier etwas zu machen. Vielleicht wirklich als Vorreiter. Vielleicht oder sogar zusammen mit der Wirtschaft, weil so wie jetzt, wenn es so weitergeht, dann wird es irgendwann an einen Punkt kommen, wo es nicht mehr funktionieren wird. Das glaube ich ganz fest. Sonst soll mich die Wirtschaft bitte mit ihrer Innovativität überzeugen. Im Moment glaube ich noch nicht so daran. So wie ich die Entwicklung im Moment beobachte, funktioniert es nicht und deshalb glaube ich, muss die Gemeinde etwas machen. Vielleicht halt kein Kabel, das stelle ich mir auch nicht ganz so ideal vor. Aber irgendwie in diese Richtung muss es gehen.

Urs Schneider: Diejenigen, die jetzt dagegen stimmen, haben nichts gegen Ladestationen, damit man das Auto laden kann. Sie finden einfach, es ist nicht primär die Aufgabe des Gemeinderates, so etwas zu organisieren und vielleicht findet man ja auch die Variante mit den Kandelabern nicht die Optimalste. Ich kann mir gut vorstellen, wenn jetzt das Postulat ein wenig anders daher kommen würde, vielleicht noch ein bisschen offener wäre, dass man auch Einfluss nehmen könnte in Quartierplänen oder in bestehenden Tiefgaragen usw. Dann wäre das vielleicht auch durchgegangen, aber ich sehe es so im Moment eigentlich nicht. Man sollte eigentlich keine Grundsatzdiskussionen anfangen, aber man hat jetzt gerade wirklich das Gefühl, dass diejenigen, die mit einem E-Auto unterwegs sind, das Klima retten wollen. Von wo der Strom kommt, welcher an das Auto geht, das wissen wir nämlich auch nicht unbedingt und solange wir auf der ganzen Welt im Moment noch 1'000 Kohlekraftwerke in Planung oder beilligt haben, würde ich eher mit dem Velo unterwegs sein wollen, als noch das Auto laden und sagen, ich fahre nur mit Strom und das ist eine gute Sache.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 20 Ja- zu 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

5. Nr. 3270

Postulat, SP, Hasan Kanber, Ein Kinderverkehrsgarten für Pratteln

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat erachtet die Verkehrsschulung für Jugendliche in jedem Alter eigentlich für ausserordentlich sinnvoll und ist auch der Meinung, das muss man fördern. Diese Problematik hat auch der Kanton erkannt und hat darum eigentlich abgemacht, dass man keine Kinder aus der Verkehrsschulung herausnehmen und alle Kinder in die Pflicht nehmen sollte. Alle Kinder sollten eine Verkehrsschulung bekommen auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden. Der Kanton hat die Aufgabe übernommen und fördert jetzt, in den Gemeinden und Kanton, die Verkehrsschulung durchzuführen und zu organisieren. Der Kanton ist auch mit entsprechendem Personal ausgerüstet und hat Leute, welche die Verkehrsschulung genau machen und abholen können. Aber ob es dann ankommt und auch eine Wirkung erzielt, wenn sie diese Ausbildungen machen. Dementsprechend haben sie auch Hilfsmittel, welche sie zur Verfügung stellen können. Das hat gerade letzthin stattgefunden. Oben beim Erli-Schulhaus, auf dem weichen Platz, wurde die Verkehrsschulung für einen gewissen Teil von den Kindern gemacht. Altersgerecht wird das jeweils auch verändert. Die Gemeinde als solches macht natürlich auch Prävention, im Sinne der Schulwegsicherheit und andere Sachen. Auch mit den Schulen, wo man versucht, die Kinder an den Verkehr heranzubringen und sie dort möglichst weit zu schulen und zu fördern. Wir hatten auch ein überwiesenes Postulat, welches die «Füssli» anmerkt und der Gemeinderat jetzt schaut, wo wir diese anbringen können, damit wir die Kinder genauer führen und ein bisschen Hilfeleistungen machen können. Die Gemeinde hat grundsätzlich sehr viele Aufgaben, muss ich ihnen sagen. Wenn man so etwas macht, dann muss man das sehr verantwortungsbewusst machen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, wobei wir auch eine Rückmeldung haben müssen, wie es funktioniert. Der Kanton ist eigentlich in dieser Sache verantwortlich, macht das und hat diese Aufgabe auch so übernommen. Das veranlasst die Gemeinde und den Gemeinderat, das Postulat nicht entgegenzunehmen. Aus dem Grund, dass das vom Kanton eigentlich sichergestellt ist und sie das durchführen. Ich bitte sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Hasan Kanber: Ich danke dem Gemeinderat für die Ausführungen, aber es sieht so aus, dass es, so empfinde ich das, ein Zuschieben an die kantonalen Instanzen ist. Der Gemeinderat hat vor ein paar Jahren die kinderfreundliche Gemeinde, die politische Forderung entgegen genommen und soll sie auch mit Massnahmen und derartigen Projekten nutzen und umsetzen. Von daher befriedigt mich, und ich denke auch euch vom Einwohnerrat, die Antwort nicht. Es ist doch am besten zu prüfen, was man hier machen kann und dann zu berichten.

Selbstverständlich kann es sein, dass es ein teures Projekt wird. Aber ich denke, wenn wir mit dem Kanton zusammenarbeiten, dann könnte man ja auch aus gewissen Töpfen finanziell etwas ansaugen, für dieses Leuchtturmprojekt, welches für Baselland das erste wäre. Wir reden von Pionier. Wir haben vorher von der Mobilität gesprochen, von vier Rädern jeweils auf Zweiräder und von daher wäre es eine sinnvolle Investition. Ausserdem müsste die technische Anlage nicht neu sein. Sie könnte auch von alten Beständen aus den Werkhöfen abgeholt werden. Alte Zeigtafeln gibt es wahrscheinlich schon, die verstaubt sind. Ich sehe das Projekt als klassische Querschnittsaufgabe des Gemeinderates für Verkehr/Sicherheit, Soziales/Integration, wenn man das wohlwollend prüfen würde, um zu einem Handschluss zu kommen und unsere Gemeinde für die Zukunft in einem guten Licht zu zeigen. Noch ein kurzes Beispiel will ich aufzeigen, wo ich zum Teil mit meinen Kindern auch betroffen war: Die Familie X wohnt in einem der neu gebauten Hochhäuser im Zentrum von unserer Gemeinde. Ihre Kinder sind im Vorschulalter und möchten unbedingt das Velofahren erlernen. Die Eltern trauen sich aber noch nicht, mit den Kindern in den aktiven Verkehr und Parkanlagen sind auch nicht sehr geeignet, für das gezielte lernen lassen. Die Eltern suchen sichere und vor allem das richtige Verhalten, um es den Kinder von Anfang an zu lernen. GR Stefan Löw hat Jugendliche gesagt. Meine Kinder haben schon mit drei oder vier Jahren angefangen, Velofahren zu lernen und wenn sie es dann richtig machen, müssen sie eine gewisse Bildung haben, schon vor der Schulzeit. In diesen Hochhäusern ist auch keine verkehrsberuhigte Situation. Man findet vor den Häusern keine Möglichkeit, um so etwas zu machen und wie gesagt, die Parkanlagen dienen nicht zu diesem Zweck. Mein Vorstoss setzt also genau dazwischen an, zwischen den Hochhäusern und zwischen den Parks. Ich würde es sehr schade finden, wenn das schöne Projekt, welches es ja auch in vielen Vorortgemeinden der Schweiz schon gibt, schon in diesem frühen Stadium vom Gemeinderat nicht entgegengenommen und nicht geprüft würde. In diesem Sinne appelliere ich an eure Zukunftsvision. Ich habe es selber einmal beim Erli sehen dürfen. Das Erli ist nicht topfeben. Klar, beim roten Platz hat man geübt, aber man ist dann mit den Kindern auch raus auf die Strasse. Man hat auch versucht, dies mit der Lehrerschaft zu händeln, dass man das doch noch ein bisschen kontrollieren kann, aber es war nicht ungefährlich. Von daher denke ich, ein gesicherter Ort und dieser muss nicht gross sein. Es wäre wirklich schön, wenn man das prüfen könnte und wenn es dann wirklich nicht geht, kann ich es dann irgendwo anders auch noch versuchen. Es gibt die neue Kommission für Diversität und Integration. Dort könnte man vielleicht nochmals einen Anlauf nehmen.

Erich Schwob: Wir haben das ganze Thema natürlich auch diskutiert und das ist sicher ein heisses Thema. Aber ich glaube, die meisten Kinder kommen ja gar nicht mehr mit dem Velo in die Schule. Sie werden von den Eltern in die Schule gebracht. Dann hätten wir nämlich das vom Erli auch schon geregelt, wenn sie mit dem Velo kommen würden. Das zweite ist die Polizei. Der Kanton hat die Verkehrsschulung nur noch ab der 5. Klasse, weil sie gemerkt haben, dass die halben Klassen gar nicht Velofahren können und es Aufgabe der Eltern ist, den Kindern das Velofahren beizubringen. Da aber die meisten Eltern heute eben auch nicht mehr Velofahren, ist das manchmal auch noch ein Problem. Hinzu kommt, dass die Polizei jederzeit Hand bietet und jetzt nehmen wir wieder das Erli: Wenn die Lehrerschaft etwas machen will, also vom Kanton wird Hand geboten und muss so etwas eben auch kontrolliert gemacht werden. Wenn wir einen Verkehrsgarten machen, unten beim Schwimmbad, dann ist dieser unkontrolliert. Wer kontrolliert denn das? Das Kind hat das immer so gemacht oder immer falsch gemacht, also von dem her ist ein unkontrollierter Verkehrsgarten nicht gut. Vielleicht die Älteren unter euch: Wer war schon einmal als Junger in Basel im Verkehrsgarten? Der war kontrolliert, dort war die Polizei immer vor Ort. Am morgen glaube ich nicht, da waren die Schulen jeweils da. Aber am Nachmittag, an den offenen Tagen, ist immer jemand dort gewesen. Deshalb sind wir nicht für einen Velospielplatz. Der ADAC und der TCS bieten beim Material, wenn man so etwas in den Schulhäusern machen will, jederzeit Hand. Wir sind nicht für Überweisen.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 23 Nein- zu 13 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht überwiesen.

6. Nr. 3271

Postulat, U/G, Delia Moldovanyi / Christoph Zwahlen, Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Giebenacherstrasse/Minigolf

GR Urs Hess: Dass wir eine sichere Fussgängerüberquerung der Frenkendörferstrasse haben sollten, ist dem Gemeinderat bewusst. Wir haben auch bereits entsprechende Nachfragen beim Kanton gestellt, weil bei einer Kantonsstrasse der Kanton zuständig ist, also das kantonale Tiefbauamt zusammen mit der Verkehrspolizei. Die Abklärungen laufen und ich möchte die Antwort schon geben. Ich wollte eigentlich unsere Verwaltung arbeiten lassen, für das warum sie eigentlich wirklich auch da sind. Darum gebe ich lieber dann die Antwort, sobald sie da ist. Sie ist jetzt mindestens schon einen Monat unterwegs oder sogar noch länger. Wir werden euch die Antwort geben, bitte sie aber, das Postulat nicht zu überweisen.

Delia Moldovanyi: Ich möchte ihnen einfach die heutige Situation schildern: Es hat dort eine Verkehrsinsel, das heisst kein Fussgängerstreifen und es hat einen ca. 20 cm hohen Trottoirrand. Das heisst schon einmal für Leute, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, kommen dort sowieso schon mal nicht hinauf. Warum man bis jetzt dort keinen Fussgängerstreifen machen will, ist die Frequenz. Also, dass die Leute dort zu wenig häufig hinübergehen. Das war auf Nachfrage bei der Kantonsverwaltung die Antwort. Das macht für mich nicht sehr viel Sinn, weil es eine sehr dicht befahrene und sehr schnell befahrene Strasse ist. Es ist klar, dass die Leute jetzt nicht darüber gehen, weil es extrem gefährlich ist. Für gewisse Leute kommt das schon gar nicht in Frage darüber zu gehen, weil das einfach durch die hohen Strassenränder nicht machbar ist. Im Planungsbericht zur Strassennetzplanung Pratteln Nord wurde die Giebenacherstrasse als wichtige Verbindung für den Langsamverkehr hervorgehoben. Aber ohne die Überquerung der Frenkendörferstrasse, fehlt es hier an der Qualität und Attraktivität für den Langsamverkehr, um in die Naherholungszone Ergolz zu kommen und auch zum Minigolf natürlich. Dann finde ich es einfach sehr wichtig, dass man sich hier auf Kantonsebene, als Gemeinde wirklich einsetzt, so dass auch der südliche Teil der Längi eine gute Verbindung, einen guten Fussgängerübergang zur Naherholungszone Ergolz hat. Es ist kein grosser Aufwand, um einen Fussgängerstreifen zu machen. Im Gegensatz zur Velobrücke, die jetzt geplant ist und welche laut der Gemeindeverwaltung auf der nördlichen Seite des Bahngleises hinkommt. Das heisst wiederum, dass die Bewohner vom südlichen Teil der Längi dort ausgeschlossen sind, also erst mit einem grossen Umweg wieder dort hin kommen. Laut der Kantonsverwaltung ist das jetzt im Moment in Planung und mit diesem Postulat wollen wir einfach bewirken, dass sich die Gemeinde hier stark macht, so dass eine Lösung kommt, um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten.

Andreas Seiler: Wir haben in der FDP-CVP-Fraktion die Situation dort auch besprochen und analysiert. Wir stellen fest, dass wir vom Schwimmbad, südlich von der Bahnlinie Richtung Kaiseraugst entlang, einen schönen Weg haben für Fussgänger und Velofahrer. Man kommt dann zu den Einfamilienhäusern, welche bei der Längi südlich von der Bahnlinie sind und dann kommt man an die Kantonsstrasse und da geht es eigentlich nicht mehr weiter. Daneben wäre dann das Naherholungsgebiet mit der Ergolz, mit Bäumen, wo es auch Schatten hat im Vergleich zu den Feldern, wo Salina Raurica geplant ist. Das ist Landwirtschaftsland ohne viel Schatten zum Spazieren. Wir denken, das ist ein wichtiger Naherholungsraum für das Gebiet Längi und allenfalls auch für den weiteren Ausbau, den man dort ja vorhat. Darum sind wir der Meinung, es braucht dort über die Kantonsstrasse eine Möglichkeit, dass man als Fussgänger oder Velofahrer da hinüberkommt. Wir möchten darum das Postulat überweisen, damit der Gemeinderat berichten und abklären kann, wie und in welcher Form eine solche Querung möglich wäre.

Christine Weiss: Die SP-Fraktion will das Postulat auch überweisen. Die Situation dort unten ist wirklich gefährlich. Für Familien mit Kindern ist es jedes Mal ein Spiessrutenlauf, um dort hinüber zu kommen. Er hat sehr wichtige Orte wie Augusta Raurica, schöner Spielplatz, Ergolz,

Minigolf, welche wirklich gut angeschlossen werden sollen. Wir hätten noch eine Idee, falls sie sich dann eben mit dem Kanton unterhalten oder stark machen für das Projekt, nämlich dass die Giebenacherstrasse verlängert würde. Dort hat es ja schon einen Weg, welcher dann aber abrupt stoppt und abbiegt hinunter zu den Einfamilienhäusern. Dort entlang der Bahn, auf der Höhe der Bahn, könnte ein Weg, Brücke oder irgendwas weitergeführt werden für den Langsamverkehr, Fussgänger und Velofahrer. Wenn möglich halt dann eben mit einem Abgang zur Ergolz, Minigolf usw., aber sonst weiter Richtung Augst. Das einfach noch als Idee für Verhandlungen mit dem Kanton.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 29 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

7. Nr. 3273

Postulat, U/G, Delia Moldovanyi / Christoph Zwahlen, Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster/Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi

GR Urs Hess: Wir sind der Auffassung, dass wir eine Antwort geben können, ohne dass wir das Postulat entgegennehmen. Ihr habt das andere überwiesen, ihr könnt das auch noch überweisen, dann bekommt ihr eine Antwort mit allem zusammen.

Delia Moldovanyi: Ich möchte noch einmal schnell sagen, warum wir es wichtig finden, dieses Postulat zu überweisen. Es geht wieder um die Frenkendörferstrasse oder eben die Unterführung, die einmal angedacht war. Es war doch etwas geplant, eine Unterführung unter der Bahn durch, dass auch der südliche Teil der Längi mit dem nördlichen Teil verbunden wäre. Das ist heute nur über Umwege möglich. Bei der Frenkendörferstrasse ist es wieder so, dass es sehr unsicher ist. Es ist eben eine sehr schnell befahrene Strasse. Sie ist Schulweg für viele Schulkinder. Die Eltern schicken ihre Kinder nicht gerne da durch, darum sehen wir dann dort zum Teil auch die Elterntaxis, was jetzt wirklich nicht nötig wäre. Vom südlichen Teil Längi ins Längi-Schulhaus ist kein weiter Weg. Ein Stückweit kann man die Eltern auch verstehen, weil es wirklich ein unsicherer Weg ist. Es ist auch darum unsicher, weil es für die Velos nicht gut gelöst ist. Es ist nicht klar, ob sie jetzt auf dem Trottoir fahren dürfen oder nicht und weil die Strasse sehr schnell befahren ist. Ich fühle mich auch unwohl, auf dieser Strasse zu fahren und würde auf dem Trottoir fahren bevorzugen, aber das ist unklar. Um dort Sicherheit zu schaffen, sind wir für eine Überweisung.

Andreas Seiler: Die FDP-CVP-Fraktion hat das Postulat und die Situation angeschaut. Wir sind nicht zum gleichen Schluss gekommen wie vorher. Wir können grundsätzlich nachvollziehen, was Delia Moldovanyi vorhin gesagt hat. Wir müssen aber auch feststellen, dass es ein Trottoir hat entlang der Kantonsstrasse, für Fussgänger eigentlich benutzbar. Ich glaube, es hat sogar ein Geländer zur Kantonsstrasse. Wenn das nicht der Fall ist, dann könnte man das machen, um dies sicherer zu machen. Für Velofahrer, wäre ein etwas grösserer Umweg noch zumutbar, weil man schneller unterwegs ist. Man kann die Bahngleise beim Bahnhof queren. Ich weiss, da muss man halt absteigen und über die Rampe der Unterführung das Velo schieben. Aber Möglichkeiten gibt es. Wenn man vom Schwimmbad her kommt, hat man dort eine Unterquerung der Bahnlinie. Also da gibt es eine Möglichkeit, um in den nördlichen Teil der Längi zu kommen. Darum sind wir der Meinung, «nice to have» wäre das schon, aber es wird wahrscheinlich auch relativ aufwendig, dort eine Bahnunterführung zu machen und deshalb sind wir der Meinung, dass wir den Aufwand jetzt nicht stemmen können und wollen es darum auch nicht geprüft haben. Wenn man etwas prüft, was wir nicht machen können oder machen wollen, macht das für uns keinen Sinn. Darum stimmen wir hier Nein.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft auch studiert und wir sind eigentlich für nicht Überweisen von diesem Postulat. Wenn wir uns dort eine Unterführung vorstellen, wo wieder die SBB zuständig ist, dass sie das bewilligt, ist einfach die Frage: Wie lange geht dann das? Was in diesem Zusammenhang auch noch kommt, sind die Kosten/Nutzen. Wir wissen eigentlich von der Fröschi-Unterführung, wie viel so eine Unterführung kostet. Wenn ich zurückdenke, hatten wir bei der Kunimatt-Kreuzung vorne eine Unterführung. Dort hiess es einmal, diese können wir nicht mehr unten durch machen, weil das nicht mehr zeitgemäss ist, nicht mehr gibt und weiss ich nicht was. Dann wurde sie geschlossen. Dort wäre eigentlich eine Unterquerung sinnvoll gewesen, dass man nicht oben über die Kreuzung müsste. Dann hiess es, es gibt keine und heute wollen wir überall wieder Unterführungen. Was ich auch immer gehört habe, ist, dass die Strasse dort unten schnell befahren wird. Was ist schnell? Meiner Meinung nach haben wir dort unten Tempo 50. Tempo 50 haben wir ja eigentlich fast überall und dann muss man fragen, was ist nicht sicher? Wenn dort die Strasse zu breit ist und vielleicht die Trottoirs zu schmal sind, kann man das im Prinzip auch anders lösen. Aber was ist schnell, es heisst immer es ist schnell. 50 km/h ist im Prinzip nicht unbedingt schnell.

Rebecca Moldovanyi: Die SP-Fraktion wird der Überweisung zustimmen. Ich, als mittlerweile langjährige Längibewohnerin, habe mich sehr gefreut über dieses Postulat und kann dazu vielleicht ein paar kurze Antworten zu vorher geben, zum Beispiel: Was ist schnell? Es gibt unheimlich viele Leute, die dort garantiert schneller als 50 km/h fahren. Das sehe ich, denn wenn ich mit dem Auto 50 km/h fahre, dann fahren sie mir davon. Dann ist es halt so, dass man sich auch mit 50 km/h in dieser Unterführung, wo es so laut und eng ist, halt trotzdem ziemlich unwohl fühlt. Man könnte mit dem Velo auch den anderen Weg nehmen, man könnte beim Bahnhof unten durchgehen, das stimmt. Das macht aber niemand, der nach Augst will oder nach Kaiseraugst geht. Das sind halt einfach die Orte, wo man einkaufen geht, wenn man in der Längi wohnt. Also da geht man auch häufiger durch. Ich kann es wirklich noch einmal betonen, die Unterführung ist sehr unangenehm. Wenn man Kinder hat oder ein Kind ist, muss das noch viel unangenehmer sein für den Schulweg. Als Velofahrer, der nachher wieder in die Längi hinein will, müsste man ja eigentlich zweimal diese Strasse kreuzen. Darum ist es auch absolut kein Wunder, dass man auf dem Trottoir fährt und eben nicht auf der Strasse. Das macht die Situation aber für die Fussgänger auch nicht gerade unbedingt angenehmer. Also irgendetwas muss dort passieren. Vielleicht wäre eine Stange schon auch ein bisschen hilfreich. Es könnte aber durchaus noch mehr sein.

Delia Moldovanyi: Ich wollte nur noch mal klarstellen, dass eben wie gesagt, mir auch bewusst ist, dass je nachdem eine Unterführung viel Kosten und sehr viel Aufwand mit sich ziehen kann. Darum ist im Postulat auch deutlich geschrieben, dass als Alternative zu einer Unterführung, eine gesicherte Frenkendörferstrasse gewährleistet werden soll. Das fordern wir im Postulat. Vorher wurde gesagt, dass es ein Geländer hat. Es hat eben kein Geländer, das Trottoir ist schmal und genau darum wären so sichernde Massnahmen als Alternative zur Unterführung sehr angebracht. Man könnte ein breiteres Trottoir machen, man könnte Markierungen machen, welche zeigen, ob man mit dem Velo fahren darf oder nicht. Es könnte auch ein Geländer angebracht werden.

Kurt Lanz: Es gibt ganz viele Sachen, die kann man so oder anders anschauen, das ist eine Frage des Standpunkts. Fredi Wiesner hat gesagt, es geht ja sowieso ewig lange und von GR Urs Hess haben wir gehört, darum macht es keinen Sinn und ich plädiere jetzt gerade umgekehrt. Das habe ich mir schon aufgeschrieben, bevor Fredi Wiesner etwas dazu gesagt hat. Wenn der Gemeinderat ja als Antwort bei der Fröschi-Unterführung gibt «Das geht ja ewig lange und ist abhängig von der SBB.» Dann muss ich ihnen sagen, ja, ihr müsst jetzt das Postulat überweisen. Dann hat der Gemeinderat den Auftrag, dies mal anzugehen. Er kann dann immer wieder berichten, wie weit er ist mit der SBB und vielleicht geht es halt 50 Jahre, bis wir eine Unterführung haben. Aber irgendwann müssen wir anfangen, bei der SBB vorstellig zu werden und dass wir dort gerne eine Unterführung wollen. Wenn wir nie anfangen, so gibt es garantiert sicher nie eine und deshalb möchte ich sie bitten, das Postulat zu überweisen.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 22 Ja- zu 18 Nein-Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

8. Nr. 3274

Postulat, SP, Fabian Thomi, Neuer Raum für Familien- Gemeinschaftsgärten

GR Urs Hess: Wenn ich den Text so lese, ist es eigentlich eher eine Interpellation. Ich kann euch aber die Antwort sofort geben, weil ich möchte, dass ihr nachher das Postulat überweisen könnt und auch wieder abschreiben. Dann hätten wir die Verwaltung wirklich entlastet.

Frage 1: Wie lange die Warteliste der bestehenden Familien- und Schrebergärten in Pratteln ist? In den Widen unten hat es gar keine Wartezeit, im Hintererli hatte es bis vor etwa eineinhalb Jahren 20 bis 30 Wartezeiten, neuere Zahlen haben wir von diesem Verein nicht erhalten.

Frage 2 und 3: Wie der ungefähre prozentuale Bedarf/Angebot einer Gemeinde mit der Grösse und Demographie von Pratteln ist? Das kann man nicht sagen, es gibt keine Grundlage dazu. Das können wir nicht ermitteln.

Frage 4: Wo die Gemeinde Pratteln Raum für neue Gärten zur Verfügung stellen könnte? Das wäre allenfalls in den Widen/Husmatt, dort unten hätte es noch Platz. Wenn sich die Vereine wieder vergrössern wollen, hätten wir dort noch Platz, um weitere Familiengärten anzusiedeln. Damit habe ich eigentlich all diese Fragen beantwortet, welche hier in diesem Postulat interpelliert worden sind und ich bitte euch, das Postulat entsprechend auch gleich abzuschreiben.

Fabian Thomi: Ich bedanke mich zuerst einmal für die Beantwortung der Fragen von diesem Postulat oder Interpellation, was auch immer. Die Gemeinde Pratteln baut. In den letzten Jahren sind einige Gebäude mit Wohnungen gebaut worden und auch in den nächsten Jahren sind einige Grossprojekte geplant, wo viel Wohnraum entsteht. Parallel dazu sind einige Familiengärten aufgelöst worden. Für Menschen, die in Wohnungen wohnen, ist ein Familien- oder Gemeinschaftsgarten meistens die einzige Möglichkeit, den grünen Daumen in Bewegung zu halten und ein Stück Privatsphäre im Grünen zu haben. Da hier in Pratteln ja viele neue Wohnungen entstehen, möchte ich mit meinem Postulat den Gemeinderat beauftragen, eine Bedarfsabklärung zu machen und wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, zu prüfen und zu berichten, ob die Gemeinde Land zur Verfügung stellen kann. Da ja auch schon der Bericht vom Gemeinderat vorliegt, hoffe ich, dass die Überweisung des Postulates unbestritten ist. Ich bin also der Meinung, dass das Postulat als abgeschlossen verabschiedet werden könnte, wenn der Einwohnerrat einer Überweisung zustimmt.

Silvio Fareri: Die FDP-CVP-Fraktion lehnt die Überweisung von diesem Vorstoss ab. Nobel des Gemeinderates, dass er das Postulat gleich entgegennehmen möchte und abschreiben. Wir persönlich sehen das nicht als Aufgabe des Staates oder der Gemeinde an, dass sie solche Flächen zur Verfügung stellen. Es handelt sich hier um ein Freizeitangebot, welches nicht allen zur Verfügung steht, sondern auch gemietet werden muss, nicht der ganzen Bevölkerung zur Verfügung steht und frei zugänglich ist. Deshalb lehnen wir dieses Anliegen ab.

Urs Schneider: Wir sehen das eigentlich genau gleich wie der Vorredner. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, primär diese Schrebergärten zur Verfügung zu stellen. Wenn er Land hat, dann kann er das machen, dann sollte und darf er das auch machen, aber wir sehen im Moment den Bedarf eigentlich nicht. Der Gemeinderat hat ausgeführt, wie lange die Warteliste im Moment ist. Das ist nicht so extrem. Ich weiss selber auch, dass es sogar Leute hat, die nicht in Pratteln wohnen und einen Schrebergarten in Pratteln haben. Also, das ist eigentlich offen, das heisst auch diejenigen, die zuziehen, die könnten das auch, nebst dem, dass sie sich dort bewerben würden, auch noch irgendwo anders bewerben. Aber wir denken, das ist im Moment nicht eine Priorität. Wir wollen das nicht überweisen und falls es überwiesen würde, möchten wir das aber gerne abschreiben.

Patrick Weisskopf: Die Unabhängigen haben das Postulat auch angeschaut und sind zur Meinung gekommen, dass es eigentlich eher eine Interpellation ist. Wir würden es aber trotzdem überweisen, weil es ja beantwortet ist und von dem her kann es abgeschlossen werden.

Was wir sehen ist, dass der Bedarf nach Grünraum, jetzt auch während der Coronazeit, unheimlich gestiegen ist und immer mehr Leute das Gärtnern wiederentdeckt haben. Das ist also eine Strömung. Wenn wir unsere Bevölkerungsgeschichte anschauen, haben wir sehr viele Mitglieder in unserer Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund und gerade diese Leute haben besondere Freude, bei so etwas mitzumachen.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung zur Überweisung

://: Das Postulat wird mit 22 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung zur Abschreibung

://: Das Postulat wird mit 38 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.

9. Nr. 3275

Postulat, SP, Fabian Thomi, Aufhebung der Gemeinschaftsgärten

GR Urs Hess: Wenn man in der Zeitung etwas liest und allem aufsitzt, dann kann man vielleicht auch dem Einwohnerrat oder dem Gemeinderat einmal eine Frage stellen. Auch das ist eigentlich eher eine Interpellation. Ich kann euch aber ganz klar sagen: Die Gemeinde hat mit den Anwohnern, respektive mit den neun Benutzern der Familiengärten das Gespräch gesucht. Sie haben zwei Personen bestimmt, welche der verlängerte Arm von den Nutzern sein sollten. Auch das haben wir miteinander gemacht. Die Kündigung der Familiengärten haben wir um ein Jahr verlängert. Sie hatten ein Jahr mehr Zeit. Das war eine Abmachung, welche man auch mit dem Tiefbauamt getroffen hat. Die Leute hatten noch einmal ein Jahr mehr Zeit. Dann haben sie reklamiert, das kostet ja Geld, wenn man das zurückbauen muss. Im Pachtvertrag steht aber ganz klar, dass wenn jemand einen Familiengarten dort hat und man den Pachtvertrag auflöst, dass das Anwesen/Garten wieder in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden muss. Da war vorher eine Matte. Sie haben dann weiter reklamiert, das kostet Geld und man hat ihnen gesagt, dass sie einen Antrag auf finanzielle Unterstützung stellen können. Vielleicht bewilligt dies der Gemeinderat. Ein solcher Antrag ist aber gar nie gekommen. Dann wurde ihnen gesagt, dass sie die Gärten wirklich räumen müssen. Die Leute haben dann eine Firma angestellt, welche das Ganze geräumt hat. Logischerweise hat das dann etwas gekostet. Die Gemeinde ist ihnen dann noch einmal entgegengekommen. Das Humusieren und Ansäen macht die Gemeinde. Das haben wir als Gemeinde gemacht, mit euren Steuergeldern. Die Familiengärten wurden wieder in den Ursprungszustand von dieser Matte zurückgeführt. Damit haben wir eigentlich alles gemacht, was man überhaupt machen konnte. Die Leute waren einfach nicht zufrieden. Man hat ihnen übrigens auch angeboten, sie könnten in den Widen unten mitmachen. Eine oder zwei Personen haben gefunden, das wäre etwas. Die anderen fanden es sei ein zu enges Regime, man könne dort nicht so machen, wie man will. Die Gemeinde hat ihre Arbeit gemacht und ich bitte euch auch hier, die Antworten habe ich gegeben, das Postulat, welches eine Interpellation ist, ist beantwortet. Ich bitte auch zugunsten unserer Verwaltung, das direkt abzuschreiben.

Fabian Thomi: Ich bedanke mich wiederum für die Antworten und lese noch einen Teil vor, was ich vorbereitet habe: Im Rahmen des Schwingfestes in Pratteln gibt die Gemeinde Pratteln unter dem Begriff Standortmarketing mehrere CHF 100'000 für Infrastruktur aus, wie beispielsweise für neue Plakatwände. Leider nützt das beste Standortmarketing nichts, wenn die Gemeinde für negative Schlagzeilen in den Medien sorgt. So ist auf Telebasel eben der Bericht bezüglich der Familiengärten im Scheurenachergebiet gekommen. Mir ist durchaus bewusst, dass man bei allen Berichten manchmal nicht beide Seiten adäquat darstellt. Von dem her bin ich sehr froh jetzt, um diese Ausführungen und ich nehme an, da ist auch der Gemeinderat froh, dass er das alles so nochmals darlegen konnte.

Ich bin wiederum, der Einfachheit halber, für eine Überweisung des Postulats und abschreiben.

Silvio Fareri: Danke in erster Linie einmal den Ausführungen von GR Urs Hess, was sehr viel beigetragen hat zur Transparenz in dieser Angelegenheit. Die FDP-CVP-Fraktion wird auch dieser Überweisung nicht zustimmen. Wie bereits in meinem vorgängigen Votum erwähnt, handelt es sich um ein Freizeitangebot, das nicht allen zugänglich ist. Das ist eine privatrechtlich, vertragsrechtlich geklärte Angelegenheit, bei welcher wir die Gemeinde nicht in der Pflicht sehen. Wir wissen auch nicht, aus welchem Härtefallfonds so etwas finanziert werden sollte und sehen das auch nicht als Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, das zu finanzieren. Wir lehnen deshalb auch dieses Anliegen ab.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 20 Nein- zu 19 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

10. Nr. 3282

Postulat, U/G, Billie Grether, Ausbau der familienergänzenden Betreuung in unmittelbarer Nähe der Schule

GR Roger Schneider: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und erachtet das Thema als prüfenswert. Das zeigt sich auch dahingehend, dass der Gemeinderat und Einwohnerrat sowie auch die Entwicklungskommission, das Legislaturziel Nr. 10 empfiehlt. Dies wird hier drin dann noch beraten und beschlossen. Ich denke jetzt nicht, dass es grosse Änderungen geben wird, aber dort drin steht, dass man das bestehende Angebot evaluieren will. Das ist auch die Absicht des Gemeinderates, dass man das Pilotprojekt evaluiert und dann die entsprechenden Angebote, unter anderem auch die Tagesstrukturen, weiterentwickelt. Wir sehen einen Bedarf für Tagesstrukturen, das ist unbestritten. Wir haben vorher das Stichwort moderne Stadt gehört, im Zusammenhang mit den Ladestationen. Wir sehen auch, dass das zu einer modernen Stadt gehört. Eine gute Tagesstruktur, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden kann. Wir können wahrscheinlich das nicht optimal machen, aber so gut wie möglich und nahe am Optimum. Was das genau bedeutet, wird sich dann bei der Evaluation herausstellen. Es ist ein recht grosser Katalog, welcher Billie Grether aufgestellt hat. Aber das sind spannende Fragen und durchaus zu prüfen. Der Gemeinderat wird das entgegennehmen und bittet um Überweisung.

Billie Grether: Herzlichen Dank schon an GR Roger Schneider für die Ausführungen. Ich bin da sehr erfreut. Es gibt ganz viele Themen/Herausforderungen, um Familie und Beruf wirklich überein zu bekommen. Das wird sich nicht verbessern in den nächsten Jahren, im Gegenteil. Also auch im Sinne der Chancengleichheit lohnt es sich dort wirklich, auch gut hinzuschauen. Es ist nach wie vor eine Tatsache, dass ganz viele Frauen Teilzeit arbeiten, ich gehöre auch dazu. Dann am morgen zu schauen, was passiert mit den Kindern, wo bringe ich sie hin. Ich habe in Pratteln nicht viele Möglichkeiten vor acht Uhr, sie irgendwo hinzubringen. Nachbarschaftshilfe fände ich eine ganz tolle Sache, aber es ist halt auch eine Tatsache, dass ganz viele überall berufstätig sind und ich kann sie auch dort nicht deponieren. Deshalb habe ich auch in diesem Postulat drin, dass es vor allem bei Unterstufenkinder toll wäre, dass es ein Angebot auch vor acht Uhr gibt. Genau das Gleiche, wenn man 50% arbeitet: Um zwölf Uhr ist man nie zurück in Pratteln, höchstens jetzt im Homeoffice, aber auch das hat seine Grenzen. Von dem her denke ich, gibt es ganz viele Ideen, die ich mal gesammelt habe und bin sehr gespannt darauf, wie der Gemeinderat das evaluieren wird und dann auch berichtet. Ich hoffe sehr, dass ihr das überweist und danke schon jetzt.

Andrea Nägelin: Auch ich als berufstätige Mutter bitte euch, das Postulat zu überweisen. Wir können hier nicht die ganze Zeit gegen Elterntaxis vorgehen und gleichzeitig fährt der Fita-Bus durch das ganze Dorf, holt die Kinder ab, bringt die Kinder in Kindergartenschulen, weil einfach der Weg zu weit ist zu diesen Schulen, wo die Kinder untergebracht sind. Also ich denke da,

das beisst sich ein bisschen und allein schon aus diesem Grund, ist das Ganze eine wichtige Sache.

Silvia Lerch: Es hat viele Betroffene hier, ich gehöre auch dazu. Es ist mir bewusst, dass viele Familien mit schulnahen Betreuungsmöglichkeiten profitieren könnten. Wir haben allerdings das Gefühl, dass es so detailliert, wie das jetzt gefordert ist in diesem Postulat, unermessliche Kosten verursachen würde. Es bräuchte nicht nur Platz, sondern auch Personal. Die Evaluation, welche die Entwicklungskommission machen wird oder respektive der Gemeinderat, was ja ein Legislaturziel ist, wird das alles abdecken. Wir haben auch Institutionen, wie Tagesfamilien in Pratteln/Augst, welche Hütedienste übernimmt. Es hat Mittagstisch, auch dort zu erschwinglichen Konditionen. Wir haben bei uns in der Schule die Möglichkeit, dass man Bekannte hat, die gleichaltrige Kinder haben. Diese kommen zu uns und unsere gehen zu ihnen. Wenn man sich organisiert, kann man relativ viel auch selber organisieren. Aber es ist halt nicht einfach, das ist mir schon klar. Ich habe das Gefühl, dass die Gemeinde jetzt mit der Aufgabe und dem Legislaturziel ihre Arbeit machen wird. Deshalb finden wir das Postulat eigentlich jetzt nicht mehr nötig und sind für Ablehnung.

Christine Weiss: Die SP-Fraktion findet das sehr wohl nötig, dass wir das Postulat überweisen. Wir sind hier in Pratteln sehr hinten drein, was die Mittagsbetreuung und auch Nachmittagsbetreuung angeht an den Schulstandorten. Ich bin Primarlehrerin in Binningen. Dort ist das seit Jahren schon und auch als ich noch in Basel gearbeitet habe, vor zwanzig Jahren, hatte man das dort an den Schulstandorten schon eingeführt. Der Bedarf ist riesig. Es wird eine riesige Kiste, dies auf den Stand von anderen baselbieter Gemeinden zu bringen, wie zum Beispiel Binningen, welches vergleichbar ist mit Pratteln. Der Bedarf ist ungefähr ein Drittel von allen Primarschulkindern, also Eltern, die das wollen. Das ist eine sehr grosse Menge. Das braucht sehr viel Platz. Mit Container haben wir das in unserem Schulhaus gelöst. Teilweise sind Schulräume benutzt oder werden ab elf Uhr nicht mehr für die Schule benutzt, sondern für Mittagstische usw. Das ist eine sehr grosse Arbeit und muss sofort angegangen werden. Ich bin sehr froh, dass das in den Legislaturzielen drin ist, aber trotzdem, nicht destotrotz, würde ich das Postulat gerne überweisen.

Stephan Ebert: Silvia Lerch hat vorher etwas sehr wichtiges gesagt. Es gibt viele Dinge, die bereits bestehen. Es gibt die Ziele, welche der Gemeinderat verwirklichen muss. Wir von der SVP sehen nicht ganz, warum die öffentliche Hand Aufgaben machen muss für die Entlastung der Eltern, damit diese arbeiten können. Man darf mich nicht falsch verstehen. Es ist richtig, dass man Arbeit, Erziehung und Freizeit der Kinder miteinander zusammenbringen kann. Aber auch hier ist ein Teil an den Eltern selbst. Es ist richtig, wenn man sich, wie ich gesagt habe, Gedanken darüber macht. Nur die Kosten, die dann entstehen, auch an diese muss man denken. Wenn man so Sachen installiert und ins Leben ruft, dann müssen sie auch bezahlt werden, nicht nur von der öffentlichen Hand. Es gab ein Beispiel: Vor ein paar Jahren hat man einen Mittagstisch gemacht, dieser hat CHF 5 gekostet. Dann musste man den Betrag erhöhen, weil die Kosten nicht gedeckt werden konnten, auf CHF 8. Dann hat man ihn grad nicht mehr benutzt. In diesem Sinne werde ich nicht über das Ziel hinausschiessen wollen und die SVP-Fraktion ist für nicht überweisen.

Rebecca Moldovanyi: Ich möchte einfach noch sagen, zu diesen ominösen Kosten: Es wird immer davon geredet, wie viel das kostet. Aber wenn mehr Leute Vollzeit arbeiten können, oder zu einem höheren Pensum arbeiten oder überhaupt arbeiten gehen können, dann gibt es auch viel mehr Steuereinnahmen. Schlussendlich bin ich überzeugt, zahlt sich das sicher wieder aus.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung zur Überweisung

://: Das Postulat wird mit 21 Ja- zu 19 Nein-Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

11. Nr. 3281

Beantwortung Dringliche Interpellation, Erhaltung des direkten Fahrwegs von Längi/Salina Raurica via Sandgruben ins Ortszentrum Pratteln

GR Urs Hess: *Frage 1: Wie soll die direkte Strassenverbindung vom oberen Teil der Gemeinde in die Längi via Giebenacherstrasse und Remeliweg nach Abschluss der Bauarbeiten aussehen und wie breit wird sie sein?* Die Giebenacherstrasse wird auch in Zukunft so bleiben, wie sie ist. Es hat einfach eine Brücke mehr, nämlich die über die Rauricastrasse. Aber diese Strassenverbindung wird etwa gleich sein, auch in der Strassenbreite wird sie in etwa gleich sein, wie sie heute ist.

Frage 2: Vor den jetzigen Bauarbeiten war die Verbindung für Landwirtschaftsfahrzeuge und kleine Feuerwehrautos nutzbar. Wird dies auch nach Abschluss der Bauarbeiten wieder so sein oder wird die bestehende breite Autobahnüberführung sozusagen ins Leere führen? Selbstverständlich, diese Verbindung kann man genau gleich brauchen, wie man sie bisher brauchte. Lediglich während des Bauzustandes hat es eine Fussgänger-/Veloüberführung über die Baustelle. Nachher ist alles benutzbar wie eh und je.

Frage 3: Ist ein Anschluss der Giebenacherstrasse im Bereich der Bahnunterführung Löli an die neue Rheinstrasse vorgesehen? Nein, das ist nicht vorgesehen. Die Anschlüsse an die neue Rheinstrasse oder eben Rauricastrasse, die haben wir im Strassennetzplan aufgezeigt und dieser hat der Einwohnerrat im 2016 genehmigt.

Der Interpellant verlangt Diskussion und der Rat stimmt dieser zu

Kurt Lanz: Ihr habt in der Interpellation gesehen, dass das eine Koproduktion ist und zwar zwischen denen Leuten, die bei diesem Rahmenplan Salina Raurica mitarbeiten. Es ist uns irgendwie so ein bisschen vorgekommen, als müssten wir uns ein bisschen Gehör verschaffen, damit klar ist, was wir für Vorstellungen haben im Zusammenhang mit dieser Strasse. Es war nicht wirklich ganz klar, wie diese Strasse tatsächlich weitergeht. GR Urs Hess hat jetzt gesagt, sie geht genau gleich weiter, wie sie bis jetzt weitergegangen ist. Was sicher ein wenig anders wird und das war eine Überlegung: Diese Brücke muss jetzt länger werden. Sie ging bis jetzt ja nur über die Autobahn und muss jetzt auch noch über die neue Rauricastrasse. Das wiederum bedeutet, dass man nicht so früh anfangen kann mit dem Absenken der Strasse, weil sie ja nachher wieder auf das Niveau vom Pumpwerk Löli geführt werden muss. Das heisst, es wird dort sicher eine viel steilere Absenkung geben und das war für uns nicht ganz klar, wie das dann tatsächlich funktionieren würde. Uns ist ganz wichtig, dass man die Strasse im Moment einfach mal so belässt, wie sie jetzt ist, weil, wenn man die Strasse jetzt schmaler machen würde, dann ist nicht ganz klar, wie man vielleicht in 20 – 30 Jahren mit so einer Situation umgeht. Wenn man sie wieder breiter machen will, muss man über die Rauricastrasse eine breitere Brücke bauen und das ist eigentlich das, was wir nicht wollen. Darum hatten wir das Gefühl, wir müssen jetzt handeln. Wir müssen jetzt vom Gemeinderat wissen, was er jetzt auch gesagt hat, dass die Strasse im Moment nicht verschmälert wird, das heisst, die Brücke über die Rauricastrasse ist wieder gleich breit, wie die Brücke vorher, welche über die Autobahn geht und mit dem können wir durchaus leben.

Die Interpellation ist beantwortet.

12. Nr. 3278

Beantwortung Einzelinitiative, Walter Biegger, sinnvolle und würdige Nutzung der Parzelle des ehemaligen Feuerwehr-Magazins

GR Philipp Schoch: Die Initiative legt den Finger auf einen wunden Punkt. Dieser wunde Punkt heisst: Ausstellungsraum im Schloss. Das ist tatsächlich ein Problem für Leute, die in

ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Sie kommen dort nämlich nicht hinein. Es hat nur eine enge Treppe, es gibt keine Lifte, sie kennen die Situation. Das betrifft nicht nur die Räumlichkeit ganz oben im Schloss, den Ausstellungsraum, sondern das ganze Schloss ist relativ sehr schlecht erschlossen, wenn man irgendeine Einschränkung in der Mobilität hat. Diese Thematik kennen wir alle und wir haben bis jetzt noch keine bessere Lösung gefunden weder der Gemeinderat noch die Verwaltung oder der Einwohnerrat. Aber, wir haben ringsherum viel gemacht. Sie kennen das sanierte Schlossschulhaus, sie kennen das sanierte Burggartenschulhaus. Beide sind fast vollständig zugänglich für mobilitätseingeschränkte Menschen und bieten relativ viele Möglichkeiten für verschiedenste Nutzungen. Zum Beispiel der völlig untergenutzte Dachstock im Burggartenschulhaus würde sich auch eignen für eine Ausstellung oder für ein Konzert oder für einen Workshop oder für andere Aktivitäten. Die Räumlichkeiten stehen zur Verfügung und können bei der Gemeinde entsprechend gemietet werden. Das ist beim Schloss leider nicht so. Wieso rede ich jetzt über die anderen Möglichkeiten und nicht über die Initiative? Aus diesem Grund finden wir, ist diese Initiative nicht erheblich zu erklären, weil wir relativ viele Angebote haben. Über die Dorfturnhalle habe ich jetzt noch nichts gesagt, dort kann man auch Sachen machen, auch hier drin (Kuspo) kann man verschiedene Sachen machen. Wie man sieht, kann der Einwohnerrat hier tagen und dann kann man auch sehr viele andere Dinge hier drin machen. Sprich, wir haben sehr viele Möglichkeiten in Pratteln, um Veranstaltungen jeglicher Art und Weise durchführen zu können in Räumlichkeiten, welche eben zugänglich sind, auch für Leute mit einer Einschränkung in der Mobilität. Also, es gibt genug Möglichkeiten. Der Gemeinderat geht nicht davon aus, dass wir weitere Räumlichkeiten schaffen müssen. Die Nähe zum Schloss ist auch vom städtebaulichen, vom denkmalschützerischen her ein bisschen ein Problem. Wir können hier nicht einfach irgendetwas hinstellen, so nahe zum Schloss. Früher stand hier das Feuerwehrmagazin, das ist klar. Aber wir gehen jetzt von anderen Dingen aus. Wir können jetzt nicht einfach irgendeinen Ersatzbau hinstellen. Wir können auch nicht einfach irgendein Bürogebäude hinstellen, zum Beispiel für die Gemeindeverwaltung. Das geht alles nicht auf diesem Perimeter. Das ist relativ heikel. So ganz einfach, wie dies der Initiator vorschlägt, wäre das nicht. Wir lehnen diese Einzelinitiativen ab, weil wir davon ausgehen, dass wir heute schon viele Alternativen in nächster Umgebung haben.

Andreas Seiler: Walter Biegger möchte mit seiner Einzelinitiative neben dem Schloss einen Ausstellungspavillon erstellen lassen und er sieht das unter anderem auch als Alternative zur Schlossinitiative, welche wir von der FDP gestartet haben und leider nicht zustande gekommen ist, weil es nur 480 gültige Unterschriften waren von den 550, die wir eingereicht haben, weil es viele doppelte hatte. Aber trotzdem möchte ich darauf eingehen: Die Absicht der Schlossinitiative war eine andere, als Walter Biegger jetzt verfolgt. Unsere Absicht war, dass man das Schloss an sich aufwertet, dass man einen Anlass eben im Schloss machen kann und dass man sagen kann, man trifft sich im Schloss oder man macht das im Schloss und nicht neben dem Schloss. Neben dem Schloss, wie der Gemeinderat auch schon ausgeführt hat, haben wir mit den beiden sanierten Schulhäusern, mit der Alten Dorfturnhalle und mit dem Kuspo schon relativ viel Raum, welche wir für Anlässe und Veranstaltungen brauchen können. Das sehen wir jetzt eigentlich nicht als Alternative, dass wir noch einmal ein Gebäude mehr hinstellen. Das Gebäude, so wie es sich Walter Biegger vorstellt, dürfte auch einen gewissen Betrag kosten. Es würde dann gleich neben dem Schloss stehen, was wir auch nicht als vorteilhaft ansehen vom Stadtbild her. Ich persönlich bin der Meinung, dass der Platz frei bleiben und dem Schloss auch den Freiraum lassen sollte, den es mit dem Park auf der anderen Seite hat, welcher jetzt neu gemacht worden ist und mit dem neuen Freiraum. Ich persönlich habe damals auch gesagt, dass wir das gelbe Schulhaus wegräumen könnten, dann hätten wir dort noch mehr freien Platz gehabt, aber das Thema ist ja jetzt erledigt. Da möchte ich jetzt nicht noch einmal hinein stochern. Diesen Raum haben wir ja jetzt und aus diesen Gründen sehen wir von der FDP-CVP-Fraktion nicht, dass man diese Initiative erheblich erklären sollte. Wir sind dagegen. Ich glaube, die Gemeinde kann es sich jetzt nicht leisten, einfach noch mehr Ausstellungs- oder Veranstaltungsräume zu bauen, einfach mal auf Vorrat, weil wir schon einige haben, wie wir schon ausgeführt haben. Aus diesen Gründen und weil es einfach nicht an diesen Ort passt, so wie er sich das vorstellt, neben dem Schloss, sind wir dagegen.

Simone Schaub: Ich möchte GR Philipp Schoch herzlich danken für seine weiteren Ausführungen, insbesondere das, was er gesagt hat zum Schloss, weil genau das hat uns eigentlich

etwas gefehlt in der Beantwortung. Ich möchte nicht alles wiederholen, Andreas Seiler hat schon viel gesagt, GR Philipp Schoch auch ganz viel. Wir sehen das auch nicht. Wir schauen die Initiative auch nicht als erheblich an, weil wir schon wirklich sehr viele Alternativen haben. Auch wir unterstützen eher, dass man den Platz als Reserve behält, dass man das optional nutzen kann, falls irgendwelche grössere Veranstaltungen im Kuspo oder im Dorfzentrum sind. Darum werden wir das auch nicht als erheblich erachten.

Tobias Henzen: Wir danken dem Einzelinitiator, dass er an ein behindertengerechtes Bauen gedacht hat. Wir geben auch zu, dass das Schloss nicht für solche Bauten geeignet ist. Aus den gleichen Gründen, wie meine Vorredner bereits gesagt haben, erklären auch wir diesen Vorstoss als nicht erheblich.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung zur Erheblichkeit.

://: Die Einzelinitiative wird einstimmig als nicht erheblich erklärt.

13. Nr. 3217

Beantwortung Postulat, FDP, Paul Dalcher, Evaluation optionaler Standorte für die Gemeindebibliothek und Ludothek

GR Roger Schneider: Ihr habt ja die Antworten auf das Anliegen von Paul Dalcher schriftlich. Ich hoffe, ihr konntet es studieren. Der Gemeinderat sieht davon ab, in diese Liegenschaft viel zu investieren und die Bibliothek und/oder die Ludothek da einzubauen zum jetzigen Zeitpunkt. Die Planung mit der Bibliothek ist weiterhin vorgesehen in diesem Kostenrahmen, welcher der Gemeinderat am neuen Standort vorgegeben hat, also dem Standort des neuen Gemeindezentrums. Er sieht davon ab, jetzt in diese Liegenschaft so zu investieren, dass eine Bibliothek und Ludothek Nutzung möglich wäre. Dass sie sanierungsbedürftig ist, das haben wir dargestellt, aber es ist nicht so, dass man sie wärmedämmt oder weiss wie ausgebaut werden müsste. Es ist ja nicht so, dass sie gar nicht genutzt wird. Sie wird ja an der Fasnacht genutzt und der Musiknacht sehr extensiv. Als Lagerraum wird es auch genutzt. Aber nicht in dem Masse oder der Idee, wie es der Postulant hatte. Aber es war sehr interessant, darum haben wir es auch gerne entgegengenommen als Postulat, um das zu überprüfen. Das habt ihr alle ausführlich bekommen, zusammen mit den Beilagen. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Didier Pfirter: Wir als FDP-CVP-Fraktion sind nicht einverstanden, das Postulat abzuschreiben und möchten beantragen, dass wir das weiterhin hängig lassen. Zum ersten, weil wir der Ansicht sind, dass der Gemeinderat das nicht wirklich beantwortet hat. Der Postulant hat darauf hingewiesen, dass diese Liegenschaft sowieso unterhalten, saniert und isoliert werden müsste. Das hat jetzt auch der Gemeinderat eingeräumt. Aber es fehlt einfach etwas, was gemacht worden ist. Wir haben den Eindruck, dass die Kosten, welche ohnehin anfallen, nicht abgezogen wurden von den Kosten von zweieinhalb Millionen, die man geschätzt hat. Wenn das richtig ist, dann hat der Gemeinderat die Frage eigentlich nicht beantwortet. Uns interessiert alle, was das Netto kosten würde, wenn man das in die Liegenschaft beim Jörinpark platzieren würde. Ich nehme jetzt einmal an, dass die 22% höher, wie der Gemeinderat schreibt, dass diese längstens wettgemacht werden durch Sanierungs- und Isolationskosten, die ohnehin anfallen. Wir sind auch nicht sicher, ob die Kosten wirklich detailliert und sorgfältig abgeklärt wurden. Das wäre vielleicht im Moment auch noch nicht unbedingt angezeigt und jetzt komme ich zum zweiten Grund, warum wir das nicht abschreiben wollen: Wir möchten das noch im Raum stehen lassen, bis wir ein konkretes Projekt haben für das neue Gemeindezentrum und dann kann man die zwei Optionen für die Bibliothek und Ludothek nochmals vergleichen.

Claude Weisskopf: Auch die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Abklärungen, die sie im Vorfeld getätigt haben. Die detaillierten Kostenzusammenstellungen sind unserer Meinung nach, wirklich sehr an der untersten Stufe. Wenn man das

Gesamtvolumen anschaut, was das überhaupt bringt und was man im Neubau integrieren könnte, sofern das ins Konzept hineinpasst, ist es relativ sehr hoch das Ganze. Wir möchten das nicht unterstützen und das Postulat verabschieden.

Sylvie Anderrüti: Die SP-Fraktion ist auch für die Abschreibung des Postulates. Dazu möchte ich noch sagen, dass die Bibliothek GGG ganz klare Vorstellungen hat, was eine Bibliothek haben müsste und das weiss der Gemeinderat, weil er schon ganz viele Verhandlungen mit der GGG hatte. Wie die SVP gesagt hat, wenn man das so ausbauen will, mit diesen Bedingungen und mit allem was es braucht, kostet das viel mehr als das, was der Gemeinderat uns jetzt vorgeschlagen hat.

Gerold Stadler: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Abschreibung von diesem Postulat. Ihr wisst, ich befürworte und unterstütze jeden guten Standort für eine neue Bibliothek und Ludothek, aber ich glaube wirklich nicht, dass das der richtige Ort ist. Das was dort gemacht werden müsste, ist wahrscheinlich wirklich einiges grösser als das, was sogar geschrieben ist. Da kann ich meine Vorrednerin auch so unterstützen. Ich glaube auch nicht, dass hier gewisse Dinge unterschlagen worden sind. Es steht explizit, eine Wärmedämmung ist nicht angedacht, braucht es ja nicht für die jetzige Nutzung. Ausser wir würden jetzt einen Kulturpavillon daraus machen, welcher Paul Dalcher will, das wäre dann etwas anderes. Das macht man explizit, wenn man eine Bibliothek betreiben will und deshalb glaube ich, können wir das Postulat abschreiben. Bei etwas bin ich nicht ganz einverstanden bei der Beantwortung: Es heisst, es gäbe eine Übernutzung des Jörinparkes dort, wo die Bibliothek hinkommt. Da glaube ich nicht ganz daran. Ich glaube, das würde dem Jörinpark guttun, wenn dort etwas am Rande vom Park ist, was ein bisschen Leben in diese Ecke bringt. Da bin ich nicht ganz einverstanden, aber sonst ganz herzlichen Dank für die Beantwortung und wir würden es auch abschreiben.

Paul Dalcher: Ich bin natürlich nicht sehr zufrieden mit dem Verlauf der Diskussion, mit den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen und natürlich auch nicht mit der Analyse des Gemeinderates. Wir haben hier verschiedene Zahlen präsentiert bekommen und das «Zahlenkuddelmuddel» ist relativ irreführend. Es ist bereits angetönt worden: Die Renovation von diesem Haus müssen wir eh einmal machen und wir müssen das nur einmal ausgeben, wenn wir das sinnvoll kombinieren. Es ist eh kompliziert dargestellt und ich finde es schade, wenn man schon einen Vorstoss einreicht und eine Aufforderung oder Einladung erhält, Optionen abzuklären, dass das dann relativ komplex daherkommt. Es ist auch nicht gut geschrieben. Es ist altbekannt, einer quält sich immer, der Schreiber oder der Leser. Grotesk im Antwortschreiben des Gemeinderates ist die Übernutzung des Jörinparkes. Meine Damen und Herren, kann man hier von Übernutzung reden, an einem peripheren Objekt an der Hauptstrasse? Übernutzt wird unsere Gemeinde mit einem dermassenen Bevölkerungswachstumwahn, welcher uns der Gemeinderat vorlegt. Das ist dann Übernutzung. Sicher zu überlegen sind auch die Aspekte von aufgestautem Unterhalt von dieser bedeutenden, identitätsstiftenden Liegenschaft mitten im Dorf. Das ist ein zentrales Objekt und die veranschlagten CHF 2 Mio. kommen früher oder später, an diesen kommt man nicht vorbei. Die bis jetzt geführte Praxis von 30 Jahren, am Beispiel der Kindergärten, man macht nichts für den Unterhalt/Renovation, lässt es verlottern, reisst ab, baut neu, ist wohl bei diesem Objekt nicht möglich, weil das denkmalgeschützt ist. In diesem Sinne bin ich natürlich nicht zufrieden mit der Behandlung und ich bitte sie nochmals, schreiben sie nicht ab, es ist überhaupt noch gar nichts erfüllt.

Keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 27 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen als erfüllt abgeschlossen.

Fragestunde

Frage 1

Fröschi-Unterführung

(Tobias Henzen, SP-Fraktion)

GR Urs Hess: *Frage 1: Wieso haben wir über dieses Projekt schon lange nichts mehr gehört? Respektive wo liegt das Problem? Frage 2: Warum sind all die Abklärungen noch nicht geklärt? Frage 3: Dürfen wir davon ausgehen, dass in naher Zukunft (nach den Sommerferien) alle Abklärungen abgeschlossen sind und wir über die nächste Bauphase informiert werden.* Wir haben schon lange nichts mehr vom Projekt Fröschi-Unterführung gehört. Das wundert mich zwar, weil ich letzten Herbst schon mal über die ganze Geschichte etwas gesagt habe. Also so lange ist das nicht unbedingt her. Das Problem ist eigentlich nicht wir als Gemeinde, das Problem liegt bei der SBB, das kann ich hier ganz offen sagen, das habe ich damals schon einmal gesagt. Bei der SBB wechselt das Personal ständig. Seit etwa fünf Jahren sind wir ständig daran, um mit ihnen irgendeinen Weg zu suchen. Wir müssen uns einfach im Klaren sein: Die Unterführung selber gehört der SBB, nur die Aufgänge gehören der Gemeinde. Die SBB hat eigentlich nicht im Sinn, die Fröschi-Unterführung längerfristig am Leben zu erhalten und ihr könnt euch vorstellen, dass das längere Diskussionen gibt. Die SBB, das habe ich euch das letzte Mal schon gesagt, welche die Passerelle beim Coop und die Fröschi-Unterführung als eines anschaut, will das auch zusammen lösen. Wir haben einmal einen Vorschlag gemacht, wie wir die Lösung sehen. Die SBB hat eine Antwort gegeben, dass das abgeklärt werden muss. Wir können alle zwei Monate nachfragen, wie das aussieht mit der Abklärung. Dann kommen andere Leute und sie fangen wieder von vorne an. Das ist mühsam. Es liegt nicht am Gemeinderat und der Verwaltung, das kann ich euch versichern. Wir sind dran. Aber der Partner, den wir haben, ist ein echtes Problem. Ich hoffe, dass wir so gegen Ende Jahr eine bessere, genauere Aussage machen können. Das ist jetzt einmal die neueste Antwort, die ich von der SBB erhalten habe.

Frage 2

Rückbau Rohner-Areal: Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter, Lohndumping und Ausbeutung der Arbeiter?

(Hasan Kanber, SP-Fraktion)

GR Philipp Schoch: *Frage 1: Wann zeitlich und durch wen wurde der Gemeinderat, bzw. Gemeindeverwaltung über diese Unzulänglichkeiten informiert?* Aus den Medien, wie alle anderen auch.

Frage 2: Hat der Gemeinderat mit der Eigentümerin/Verwalterin – Firma Hiag – vertragliche Vereinbarungen in dieser Hinsicht? Nein, das kann der Investor selber machen ohne Gemeinde.

Frage 3: Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass bei den Anstehenden, weiteren Bauprojekten (Bredella, Zentrale, Salina Raurica etc.) auch ein spezielles Augenmerk auf dieses Thema gerichtet werden soll? Wenn ja... Grundsätzlich selbstverständlich. Wir wollen gute Projekte, qualitativ gute Projekte und das beinhaltet natürlich dann jegliche Facetten von einem Projekt. Wir wollen nicht einfach irgendetwas machen. Der Vollzug aber vom Arbeitsgesetz ist vom Kanton. Der Gemeinderat hat hier eigentlich praktisch gar keinen Spielraum. Wenn es zu Problemen kommt, dann muss der Kanton eingreifen, wie jetzt in diesem Fall passiert ist. Der Kanton ist die Aufsichtsbehörde und der Kanton muss dann auch entsprechend handeln. Das gilt eigentlich auch für die nächste Frage.

Frage 4: Wie stellt der Gemeinderat in Zukunft sicher, dass solche Verstösse in diesem Ausmass vorher verhindert werden können? Man hat sich an das Arbeitsgesetz zu halten. Wir sind nicht die Aufsichtsbehörde, das wäre eben die Aufgabe des Kantons. Wir werden aber sicher bei weiteren Projekten auf so etwas hinweisen können. Man lernt ja aus den Beispielen oder vielleicht auch aus den Sachen, die nicht so gut gelaufen sind. Der Hiag selbst, wir hatten dann noch im Nachgang Kontakt mit der Hiag, ist es gar nicht recht, dass das so gelaufen ist. Das ist über einen Drittunternehmer/Subunternehmer abgehandelt worden. Schlussendlich war die Idee eigentlich auch gut, nämlich dass man das Gebäude und die ganze Technik, die darin ist,

die ganze Installation, wiederverwendet. Das ist eigentlich ein sehr gutes Ansinnen, das wir grundsätzlich unterstützen. Es ist eigentlich toll, wenn man das nachnutzen kann. Das Gebäude ist noch nicht so alt, wie wir wissen. Von dem her, die Idee war an und für sich gut, die Umsetzung leider nicht so. Ich bin jetzt gespannt, was der Kanton weitermacht in diesem Fall.

Hasan Kanber: Ich danke GR Philipp Schoch für die Antworten. Wir konnten das ja auch stückweise in den Medien lesen. Im Prattler Anzeiger stand, dass das der Gemeinderat sicher bedauert. Auf der Homepage hat man die Medienmitteilung von der Hiag lesen können. Ich hätte es besser gefunden, dass der Gemeinderat selber etwas schreibt und nicht einfach «cypaste» diese Mitteilung auf der Homepage veröffentlicht. Da ist ein bisschen Fingerspitzengefühl gefragt und meine Fragestunde ist eigentlich auf dem basierend. Einfach dass man dort für die weitergehende Projekte... (Gedankenpause). Selbstverständlich gibt es auch Dinge, in die wir nicht hineinsehen. Das ist mir ganz klar. Aber dass ihr dort einfach den Spiegel nicht nur gegen euch richten könnt, sondern auch gegen die Investoren, die zum Teil eine Zweiklassengesellschaft.....

Urs Baumann: Hasan, ich muss dich unterbrechen, du kannst zwei Zusatzfragen stellen.

Hasan Kanber: Also Fragen habe ich nicht, aber ich glaube, meine «Message» ist angekommen.

Frage 3

Blitzgerät der Prattler Polizei misst die Geschwindigkeit nicht immer richtig
(Emil Job, Fraktion U/G)

GR Stefan Löw: Es geht hier um einen Artikel, welcher verfasst wurde in der Basler Zeitung. Ich weiss nicht, ob alle ihn gelesen haben. Die Frage bezieht sich auf diesen Artikel, der dort veröffentlicht worden ist. *Frage 1: Wird das Blitzgerät Leivtec XV3, von dem der Artikel handelt, in Pratteln aktiv eingesetzt? Wenn ja, wie oft?* Zurzeit werden mit dem Gerät Leivtec keine Radarmessungen mehr durchgeführt, obwohl eigentlich das eidgenössische Institut für Metrologie, das nennt sich mit Metas, nur eine Empfehlung abgegeben hat, das Leivtecgerät vorerst nicht weiter einzusetzen. Der Rechtsdienst wird sich das noch einmal anschauen und wie wir hier weiter verfahren können und dann dementsprechend eine Empfehlung uns, respektive dem Gemeinderat abgeben, über die weitere Benützung. Wir benutzen das Gerät natürlich in einer Geschwindigkeitsmessung von 20 bis 50 km/h. Wir haben einen ganz kleinen Abschnitt, wo wir noch 60 km/h haben. Das ist beim Schiessstand draussen und sonst messen wir eigentlich sehr weit unten mit diesem Gerät, nicht so wie auf der Autobahn oder Schnellstrassen. *Frage 2: War dem Gemeinderat und der Prattler Polizei bekannt, dass mit diesem Gerät unter Umständen falsche Messungen resultieren können?* Drei Tage bevor der Artikel erschienen ist, wurde mit uns, vom Lieferanten, Kontakt aufgenommen und wurden informiert, dass in Deutschland aufgrund einer ausgesprochenen Radarbusse, eine Prüfung der Radargenauigkeit erfolgen würde. Auf Rückfrage bei der eidgenössischen Eichstelle der Radargeräte (METAS), gab es eigentlich keine Beanstandungen bei den Messungen. Sie haben aber dann trotzdem ein paar Tage später informiert. Ich zitiere das kurz: *«Letzte Woche gab es in Schweizer Medien Berichte über das Messmittel Leivtec XV-3, wie bereits früher in Deutschland. Dort hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) festgestellt, dass in sehr speziellen Konstellationen (stark reflektierende Gegenstände zum Beispiel im Fahrzeuginnern) Messfehler auftreten können. Die PTB überprüft gegenwärtig noch, ob dies im Verkehr überhaupt vorkommen kann, ohne dass der Verwender des Messmittels es bemerkt. In der Schweiz werden bei den jährlichen Eichungen dieses Messmittels die erforderlichen Werte eingehalten und es liegen keine Meldungen über Probleme bei ihrer Verwendung vor. Dennoch nimmt das METAS gegenwertig zur Ergänzung der Untersuchungen der PTB vertiefte Tests vor, mit denen es die Zuverlässigkeit des Messmittels im praktischen Einsatz überprüft. Angesichts der Berichterstattung in den Medien wird empfohlen, auf den weiteren Einsatz des Messmittels vorerst zu verzichten.»*

Frage 3: Wenn das Gerät noch aktiv benutzt wird: Hat oder wird der Gemeinderat / die Prattler Polizei Massnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass falsche Messwerte erhalten werden?

Wenn ja, welche? Entsprechend der Beantwortung der ersten beiden Fragen ist diese eigentlich beantwortet. Wir machen im Moment keine Messungen damit.

Die Fragen sind beantwortet.

Geschäfte Nr. 3241, 3251 und 3239 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 21.56 Uhr beendet.

Pratteln, 17. Juni 2021

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Baumann

Ulrike Schmid